

CÉSAR RENDUELES
& JORGE SOLA

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
VERBINDUNGSBÜRO MADRID



AUF STRATEGIESUCHE

DIE SITUATION DER LINKEN
IN SPANIEN

DE

Wir bedanken uns für die Kommentare von Vera Bartolomé, Inés Campillo, Mario Candeias-Bechstein, Carlos de Castro und Javier Moreno zu früheren Versionen dieses Berichts, sowie für die freundliche Bereitstellung der Daten für die Grafik auf Seite 15 von Martín Portos.

Der Text wurde im Sommer 2018 verfasst und enthält zwei aktuelle und wichtige Ereignisse, die den politischen Raum neu gestalten könnten, nicht: die Entstehung der rechtsextremen Partei Vox (die bei den andalusischen Wahlen im Dezember 2018 11 % der Stimmen erhielt) und die Podemos-Krise in Madrid, die zur Schaffung eines neuen politischen Bereichs unter der Leitung von Iñigo Errejón geführt hat.

INHALT

EINLEITUNG	4
DIE LINKE VOR DER BEWEGUNG 15M	7
DIE LINKE NACH 15M	12
DIE POLITISCHE BÜHNE UND DAS PARTEIENSYSTEM	17
DIE PARTEIEN UND IHRE DEMOKRATISIERUNG	23
DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN	28
DIE ARBEITSWELT	33
DIE KOMMUNALPOLITIK UND STÄDTE DES WANDELS	37
DIE KRISE IN KATALONIEN	41
BILANZ UND AUSBLICK	46
BIBLIOGRAFIE	59

EINLEITUNG



Die Große Rezession von 2008 hat ein Jahrzehnt starker politischer Unruhen in Europa ausgelöst, insbesondere in den Ländern des europäischen Südens. Die Reaktionen auf die neoliberale Krise haben unterschiedliche Formen und Orientierungen angenommen, die je nach Land zwischen einer Regression zum Autoritären und der demokratischen Hoffnung oszillieren. Im kontrastreichen Chiaroscuro dieser Konjunktur ist die Situation der Linken von Land zu Land unterschiedlich: In Griechenland eroberte sie die Macht und erlitt einen harten Schlag seitens der Troika, in Portugal unterstützt sie eine erfolgreiche sozialdemokratische Regierung und in Italien wurde sie durch die aktuelle fremdenfeindliche Welle von der politischen Landkarte getilgt.

Der Fall Spaniens ist von besonderem Interesse. In den letzten zehn Jahren erleben soziale Bewegungen einen Aufschwung – insbesondere im Bereich des Feminismus und der Verteidigung des Rechts auf Wohnung – ebenso ist die Fähigkeit der Linken gestiegen, ihre politische Agenda in der Öffentlichkeit kundzutun. Vor allem hat die spanische Linke große Veränderungen in Bezug auf zwei einzelne Phänomene erfahren, die die Aufmerksamkeit vieler Aktivist*innen und Beobachter*innen aus anderen Ländern angezogen haben: Der Ausbruch des 15M (oder der „Bewegung der *Indignados* bzw. Empörten“) und die Gründung von *Podemos*. Diese Welle des politischen Wandels hat zu einer gewissen Veränderung des politischen Selbstverständnisses und zu ungleichen Wahlergebnissen geführt: Verschiedene lokale Gruppen haben im Jahr 2015 die Bürgermeisterwahlen in einigen der wichtigsten spanischen Städte gewonnen, doch wurde die Zentralregierung bis vor Kurzem von der rechtsgerichteten Volkspartei PP (2011–2018) besetzt, bis diese durch einen Misstrauensantrag aufgrund zahlreicher Korruptionsskandale verdrängt wurde.¹

~ 5 ~

Trotz der Unterschiede zwischen den Initiativen, die aus 15M und *Podemos* entstanden sind – 15M ist eine Bewegung, die auf Beteiligung und Selbstverwaltung setzt, die den politischen Institutionen nicht vertraut im Gegensatz zu der durchstrukturierten Partei *Podemos*, die sich fast ausschließlich Wahlerfolge widmet – teilen beide Phänomene einige neue Elemente, die sich von dem Diskurs und den Repertoires der traditionellen Linken unterscheiden und die die gleiche soziale Dynamik widerspiegeln. Das Gesamtbild der spanischen Linken lässt sich jedoch nicht auf das Vermächtnis vom 15M und die Möglichkeiten von *Podemos* reduzieren.

Eines der Leitmotive dieser politischen Phase war die „Konvergenz“ (oder das Zusammenfließen) der verschiedenen Akteure und Kräfte, die sich der neoliberalen Politik und der Austeritätspolitik widersetzen. Aus diesem Grund sollte ein Überblick über die spanische Linke diese komplexe Konstellation berücksichtigen, insbesondere politische Kräfte wie die *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke) und die lokalen und regionalen Zusammenschlüsse sowie die verschiedenen Bewegungen und Vereinigungen sowie die Gewerkschaften. Aber wir

1 Auslöser für den Misstrauensantrag war das Gerichtsurteil im Gürtel-Skandal, das die Existenz eines illegalen Bestechungs- und Finanzsystems der Volkspartei (PP) seit ihrer Gründung 1989 bestätigte.

müssen uns auch gewissen sozialen Dynamiken widmen, die im Hintergrund stattfinden und das politische Konfliktszenario prägen.

Die Debatte in der Linken hat sich mit Entstehung neuer Akteure ebenfalls verändert. Die „neue Politik“ (eine weit verbreitete, aber fragwürdige Bezeichnung) dieser Jahre hat neue Konzepte wie „Populismus“, „Zentralität“ oder „Transversalität“ mit sich gebracht, über die endlose Diskussionen geführt worden sind. Doch nach vielen bitteren Streitigkeiten um diese Bezeichnungen, zeichnen sich nun die alten Probleme und Dilemmata der Linken ab, die zuvor gelegentlich durch eine sterile Polemik verschleiert wurden: zum Beispiel die Frage des Wie, im Kampf um die kulturelle Hegemonie, ohne von den herrschenden Werten eingefangen zu werden, oder bei der Schaffung effektiver und demokratischer Organisationsinstrumente, nach dem Aufbau breiter sozialer Blöcke, um Wahlen zu gewinnen, nach der Überwindung bestehender Spaltungen oder wie die Kombination verschiedener Strategien des politischen Wandels gelingen kann. Die Entstehung der „neuen Politik“ konnte diesem Dilemma nicht entkommen, aber sie diente als Labor, um unsere politische Vorstellungskraft zu erneuern (obwohl die Ergebnisse dieser Experimente ungleich sind).

Der Zweck des vorliegenden Artikels ist es, einen Überblick über die aktuelle Situation der Linken in Spanien zu präsentieren. Dabei möchten wir sowohl die Hauptaspekte – Wege, Akteure, Probleme und Debatten – dieser Situation beschreiben, als auch eine Bilanz über die Möglichkeiten, Grenzen und Dilemmata ziehen, die die spanische Erfahrung bietet.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil (Abschnitt 1 und 2) besteht aus einer chronologischen Erzählung des historischen Werdegangs der Linken. Der zweite Teil (Abschnitt 3 bis 8) befasst sich mit sechs Schlüsselthemen, die ein allgemeines Bild der gegenwärtigen Situation vermitteln: die Wahldynamik und die Neugestaltung der Parteienlandschaft, die Versuche, politische Organisationen zu demokratisieren und ihre ambivalenten Ergebnisse, die Entstehung und der Rückzug verschiedener sozialer Bewegungen, die Rolle der Arbeitswelt, die Erfahrung der Regierungen des Wandels in den großen Städten und der komplexe katalanische Konflikt. Im dritten und letzten Teil geben wir einen kurzen Überblick über einige der wichtigsten offenen Debatten und zeigen auf, wie die spanische Erfahrung einige Lehren für die Erneuerung der Linken in anderen Ländern bieten kann.



NOBODY
EXPECTS THE
SPANISH REVOLUTION

**DIE LINKE VOR
DER BEWEGUNG 15M**



Um die Situation der Linken in Spanien, ihre Akteure und Debatten, zu verstehen, ist es sinnvoll, ihren Weg seit dem Übergang zur Demokratie (1975–1982) zu verfolgen – in Spanien *Transición* bzw. Übergang genannt – da sich während dieses Prozesses die politische Landschaft festigte, was sich bis vor wenigen Jahren hielt und viele der aktuellen Debatten sich weiterhin auf diesen Zeitraum beziehen.

Zwar gab es frühere Traditionen, aber die Franco-Diktatur (1939–1975) entwurzelte sie und blockierte ihre weitere Entwicklung. Die spanische Linke der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand im Wesentlichen aus zwei Familien: Sozialisten und Anarchisten,² doch nahm die Kraft beider Bewegungen nach der Niederlage im Bürgerkrieg (1936–1939) rapide ab. Das Echo ihres Vermächtnisses ist zwar wieder hörbar, doch nicht immer mit ihren damaligen Bezeichnungen.

Der Widerstand gegen Franco wurde von der PCE (Kommunistische Partei Spaniens), einer kleinen Organisation während der Zweiten Republik (1936–1939) angeführt, die unter der Diktatur als *Die Partei* bekannt wurde. Nach einer harten Repression trat die demokratische Opposition in den sechziger Jahren wieder ans Tageslicht. In den Fabriken wurden die *Comisiones Obreras*, die Arbeiterausschüsse (CCOO), zur führenden Stimme einer „ideologisch inklusiven und organisatorisch horizontalen“ soziopolitischen Bewegung, die zu einer Eskalation der Streiks führte. In den Arbeitervierteln entwickelte sich eine starke Nachbarschaftsorganisation, die den Kampf um die Grundversorgung mit der Politisierung der Bevölkerung verband. Und an den Universitäten brachen die Studierenden bald mit dem Regime, dem viele ihrer Eltern angehörten und schlossen sich dem Antifaschismus an. Der PCE gelang es, die drei Kämpfe zu verknüpfen und die sozialen Schichten zusammenzubringen, die sie unterstützten.

~ 8 ~

Zu ihrer Linken entstanden in den siebziger Jahren eine große Anzahl radikaler politischer Gruppen.³ Doch kam die ernsthafteste Konkurrenz von der sozialistischen PSOE. Die Sozialistische Partei wurde 1974 unter der Führung des jungen Felipe González und mit Unterstützung der europäischen Sozialdemokratie konsolidiert. Sie nahm anfangs eine linke Rhetorik im Sinne der politischen Radikalisierung an, löste jedoch bald alle revolutionären Bindungen (einschließlich ihrer Bezeichnung als „Marxisten“, die sie damals angenommen hatte), um ihre Wählerbasis auf gemäßigte Sektoren auszudehnen. Die PCE versuchte etwas Ähnliches (und verzichtete auch auf ihre Bezeichnung als „Leninisten“) in der Hoffnung, eine ähnliche Rolle wie die italienische PCI in der sich öffnenden demokratischen Phase spielen zu können.⁴

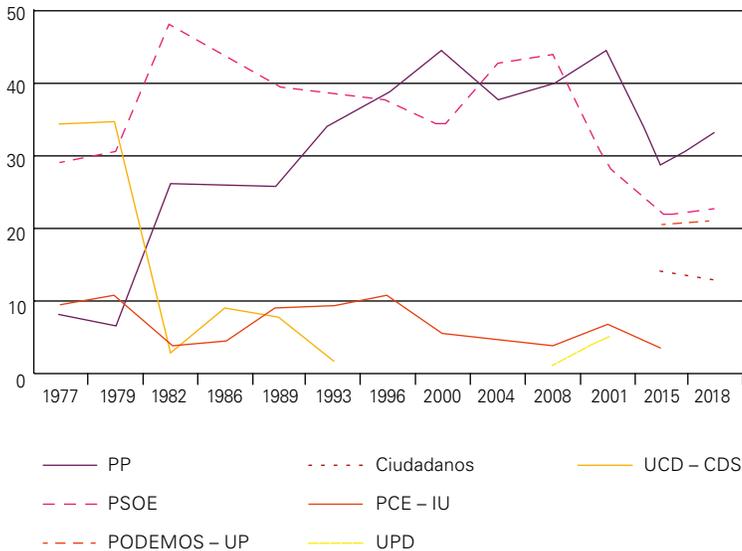
2 Die PSOE (Partido Socialista Obrero Español, Sozialistische Arbeiterpartei) und die UGT (Unión General de Trabajadores, PSOE-nahe Gewerkschaft) bildeten die sozialistische, die Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo) und die Organisation FAI (Federación Anarquista Ibérica) die anarchistische Familie.

3 Die wichtigsten Organisationen waren die ORT (Organización Revolucionaria del Trabajo; Revolutionäre Organisation der Arbeit), die PTE (Partido del Trabajo de España; Arbeiterpartei Spaniens) und die maoistisch orientierte MCE (Movimiento Comunista Español; Spanische Kommunistische Bewegung) sowie die trotzkistische LCR (Liga Comunista Revolucionaria; Kommunistisch-Revolutionäre Liga). Die Versuche einer Vereinigung dieser Gruppen scheiterten: Die ersten zwei vereinigten sich im Jahr 1979 (PTE-ORT) und lösten sich im nächsten Jahr auf; die letzten beiden vereinigten sich im Jahr 1991 zur Alternativen Linken, die sich zwei Jahre später auflöste. Ein Teil der LCR trat 1995 der Vereinigten Linken Izquierda Unida bei und bildete die Strömung: Espacio Alternativo bzw. Alternativer Raum.

4 Andrade, Juan A.: *El PCE y el PSOE en (la) Transición: la evolución ideológica de la izquierda durante el proceso de cambio político*, Madrid, Siglo XXI, 2012. Morán, Gregorio: *Miseria y grandeza del Partido Comunista de España, 1939–1985*, Barcelona, Planeta, 1986.

Die Wahlergebnisse waren der PSOE trotz allem gnädig: Bei den ersten Wahlen (1977) erhielt sie 29 Prozent der Stimmen gegenüber 9 Prozent für die PCE. Und dieser Abstand nahm 1982 zu (48 Prozent gegenüber 4 Prozent), was ihr eine absolute Mehrheit im Parlament gab. Beim Sieg in Sachen Hegemonie der Linken zählten sowohl internationale Unterstützung als auch ihr eigenes Geschick, darunter eine junge charismatische Führung, die sich nicht mit der Kriegsvergangenheit identifizierte, im Gegensatz zur alten Garde der PCE.

ERGEBNISSE DER PARLAMENTSWAHLEN (1977–2016)



~ 9 ~

Quelle und Anmerkungen: Innenministerium. Ab den Wahlen 1986 erscheint die PCE innerhalb der Koalition *Izquierda Unida*, Vereinigte Linke, und bei den Wahlen 2016 war die *Izquierda Unida* innerhalb der Koalition *Unidos Podemos* (Gemeinsam schaffen wir es). Die UCD war die hegemoniale liberale Partei (mitte-rechts) bis zu ihrem Untergang 1982. Ihr Vorsitzender Adolfo Suárez gründete später die CDS. UPD war eine Zentrumsparterie, die sich gegen den katalanischen und baskischen Nationalismus einsetzte.

Der Übergang legte auch die Regeln und den Konsens des spanischen politischen Lebens für die folgenden Jahrzehnte fest, das Ergebnis wurde als „Regime von 78“ bezeichnet (das Jahr, in dem die Verfassung angenommen wurde). Anders als in Portugal wurde die Diktatur nicht gestürzt und der Übergang zur Demokratie ergab sich aus einer „Vereinbarung“. Man sprach damals von einer „Verknüpfung von Schwächen“ unter den franquistischen Eliten, die die Diktatur nicht aufrechterhalten konnten und der demokratischen Opposition, die nicht in der Lage war, die Diktatur zu stürzen. Das Ergebnis war ein von der PSOE und der PCE gestütztes Abkommen, das unter anderem die Säuberung des Polizei- und Justizapparats und die Gründung einer Bundesrepublik

verhinderte. Die Auswirkungen des Übergangs auf die demokratische Qualität des politischen Systems in Spanien sind in den letzten Jahren spürbar geworden.⁵

Ein Schlüsselement des Diskurses der spanischen Linken in den letzten zehn Jahren war die Kritik am Übergang und der Rolle, die ihre Organisationen damals spielten, was häufig zu einer Generationskontroverse zwischen denjenigen, die diese Zeit lebten, und denen, die bereits in der Demokratie geboren wurden, führte. Dabei richtet sich die Kritik tatsächlich nicht so sehr auf die Taten, sondern auf die Äußerungen, namentlich die Art, wie eine relative Niederlage als unbestreitbarer Sieg dargestellt wurde. Diese Beschreibung war der Gründungsmythos der spanischen Demokratie und wurde zur unkritischen Legitimationsquelle des politischen Systems. Dies wird allerdings in den letzten Jahren ernsthaft in Frage gestellt.

Der Sieg der PSOE im Jahr 1982 setzte die Leitlinie für die folgenden Jahrzehnte fest. Die sozialistischen Regierungen (1982–1996) führten eine neoliberale Wirtschaftspolitik durch, doch reduzierte sich ihre Wählerschaft kaum: Die PSOE wurde eine hierarchische Wahlmaschine mit starker Führung und schwacher Basis, die mit geringem Aufwand ihre Position in die eine oder andere Richtung verändern konnte. Ihre Politik der Verbesserung der öffentlichen Dienste und der Modernisierung der Infrastrukturen, die ihre Hegemonie unter den verschiedenen sozialen Schichten festigte, trug ebenfalls dazu bei. Die Wählerbasis der PCE brach zusammen und viele der radikalen Kader – ehemalige kommunistische Mitglieder, Aktivist*innen oder Anführer der radikalen Linken – wurden von der PSOE absorbiert, um die Linke zu demobilisieren. Der Beitritt Spaniens in die NATO, nach der 1986 von der sozialistischen Regierung ausgerufenen Volksabstimmung gipfelte in der Niederlage der linken Projekte, die die Bestrebungen einer ganzen politischen Generation geprägt hatten.

~ 10 ~

Der ernsthafteste Widerstand kam von den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftslandschaft nach dem Übergang bestand wie in anderen südeuropäischen Ländern aus zwei großen Gewerkschaften: UGT und CCOO,⁶ die viele Jahre parallel zu ihren Referenzparteien (der PSOE bzw. der PCE) kämpften. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der PSOE führte jedoch zu einer Spaltung der sozialistischen Familie, und beide Gewerkschaften lehnten die Deregulierung der Arbeit mit bis zu drei Generalstreiks (1988, 1992 und 1994) ab. Mit einer reduzierten Mitgliederbasis (auf etwa 15 Prozent) und bestraft durch Deindustrialisierung und Prekarität, verloren die Gewerkschaften schließlich ihren Kampf gegen die Regierung und gaben dem „sozialen Frieden“, der bis heute andauert, den Weg frei.

Die Mobilisierungen gegen die NATO führten 1986 zur Gründung der *Izquierda Unida*. Die Vereinigte Linke ist ein Bündnis der PCE mit anderen kleineren Parteien, die den Dialog und

5 Fishman, Robert M.: *Democratic Practice: Origins of the Iberian Divide in Political Equality* (im Druck).

6 1976 wurde CCOO eine „konventionelle Gewerkschaft“ und verlor ihren Charakter als „soziopolitische Bewegung“. Die zaghaften Versuche, einen gewerkschaftlichen Gesamtverband zu bilden, wurden von der UGT abgelehnt. Diese Gewerkschaft, genauso wie ihre Schwesterpartei, war während der Diktatur verschwunden und wurde dann von der europäischen Sozialdemokratie gefördert und unterstützt, die keine gewerkschaftliche Bewegung unter kommunistischer Vorherrschaft wollte.

die Praxis der traditionellen Linken in Zusammenarbeit mit den neuen sozialen Bewegungen erneuern will, aber seit ihrer Gründung durch die Trägheit der alten organisatorischen und kulturellen Dynamik behindert wird. Unter der charismatischen Führung von Julio Anguita Mitte der neunziger Jahre, die mit der PSOE-Krise mit den Korruptionsskandalen und Gewerkschaftsprotesten zusammenfiel, erzielte sie ihre besten Ergebnisse (rund 10 Prozent). Die Kombination aus einem ungleichen Wahlsystem – das die „nützliche“ Stimmabgabe an die großen Parteien fördert – und der Feindseligkeit der wichtigsten „progressiven“ Medien-gruppe sowie ihren eigenen Fehlern verhinderte jedoch, dass sie diese Schwelle überwinden konnten und führten dazu, dass in den ersten 15 Jahren des neuen Jahrtausends die Wahl-ergebnisse auf rund 5 Prozent zurückfielen.⁷

Vor diesem Hintergrund lebte die Linke einen endlosen Engpass, in dem bestimmte erfolgreiche Mobilisierungen (wie der Kampf gegen die Wehrpflicht) oder hoffnungsvolle Bewegungen (wie die Antiglobalisierungsproteste) in Abwesenheit ehrgeizigerer Projekte als Ersatz dienten. Mit der Jahrtausendwende politisierte sich mit dem Kampf gegen den Irak-Krieg und den Kämpfen oder Protesten für das Recht auf Wohnung die Gruppierung „V“⁸ eine neue Generation, die nicht unter der Diktatur gelebt hatte. Aber diese Proteste wurden oft ohne die politischen Parteien durchgeführt.

Izquierda Unida war nicht in der Lage, die Hegemonie der PSOE in Frage zu stellen und ihre enttäuschten Wähler*innen anzuziehen, nicht einmal als Präsident Zapatero ab dem Frühjahr 2010 eine straffe Sparpolitik einführte. Die Versuche, eine Neugründung in Gang zu setzen, wurden von den Vertreter*innen der Generation des Übergangs blockiert. Trotz der vielen Probleme, die ihr Wachstum blockierten, war die Vereinigte Linke (IU) wichtig für die Kontinuität einer antagonistischen Tradition. Viele Kader der spanischen Linken wurden Mitglieder dieser Organisation, obwohl nicht alle von ihnen lange Zeit in ihr blieben. Interne Krisen waren ein immer wiederkehrendes Merkmal, das zu unterschiedlichen Spaltungen führte, die alle zum außerparlamentarischen Kampf oder zur PSOE gingen.⁹ Als *Podemos* gegründet wurde, blickten die Anführer dieser Partei immer auf die IU, um den Raum zu füllen, den diese nicht besetzen wollte und sie waren entschlossen, die alten Fehler der Linken nicht zu wiederholen.

~ 11 ~

7 Zur Entwicklung der *Izquierda Unida* siehe, aus einer eher akademischen Perspektive, Luis Ramiros Monografie *Cambio y adaptación en la izquierda. La evolución del Partido Comunista de España y de Izquierda Unida (1986–2000)*, Madrid, CIS, 2004, und aus einer eher politischen Perspektive, Juan Andrades Buch mit Interviews mit Julio Anguita, *Atraco a la memoria*, Madrid, Akal, 2014.

8 Eine Bewegung, die die Schwierigkeiten der Jugend, in einer eigenen Wohnung zu leben, anprangerte.

9 Die wichtigsten Spaltungen waren die orthodoxen Kommunisten der Roten Strömung *Corriente Roja* (2004), die Trotzlisten der LCR (neu gegründet als Antikapitalistische Linke, *Izquierda Anticapitalista*, nach ihrem Austritt 2007) oder die Grünen von *Equo* (sie gehörten nie der IU an, aber zogen einige ihrer Anführer an). Die wichtigste Spaltung war die der *Nueva Izquierda* (Neue Linke 1999), die in der PSOE endete.

DIE LINKE NACH 15M



Die Normalität der spanischen Politik begann am 15. Mai 2011 zu zerbrechen. Dieses Datum teilt die jüngste Geschichte in ein Vorher und ein Nachher. Ganz gleich, bis wohin die sehr vielfältige soziale Veränderung reichte – die auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Rhythmen stattfand – die enorme symbolische Wirkung dieses Ereignisses löste plötzlich eine Dynamik von Konflikten und Erneuerungen aus, aber auch von Kontinuität und Erholung.

Die Bewegung 15M überraschte mehr oder weniger die gesamte Linke. Zum ersten Mal fand eine kritische Mobilisierung ein derart breites Echo, mit Forderungen, die durch einfache Gegensätze – neue Politik gegen alte, Untere gegen die Obere, Demokratie gegen Markt usw. – artikuliert wurde. Es entstand eine starke Ausdruckskraft und die politische Sprache wurde neu konfiguriert. Der Ausbruch der bürgerlichen Entrüstung änderte bis zu einem gewissen Grad den Rahmen der öffentlichen Debatte und man sah, dass sich alle politischen und sozialen Akteure verpflichtet sahen, ihren Diskurs auf ihre eigene Art und Weise an die neue soziale Gemengelage anzupassen.¹⁰

15M war eine spontane Bewegung, die aus einer Reihe Demonstrationen eine Woche vor den Kommunal- und Regionalwahlen in zahlreichen Städten in ganz Spanien unter dem Motto „Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern“ am Sonntag, den 15. Mai 2011 entstand. Der Aufruf kam von kleinen Organisationen mit einer kleinen Basis. Allerdings wurde ein spektakulärer Lawineneffekt im ganzen Land erzeugt: In mehr als siebzig Städten und Gemeinden gab es Camps und ständige Bürgerversammlungen, die eine tiefe Ablehnung des Zweiparteiensystems, die Forderung nach einer direkten politischen Partizipation, die Verurteilung der Sparmaßnahmen und der Korruption sowie die Kritik an der Finanzspekulation gemeinsam hatten. Diese spontanen Versammlungen wurden begleitet von der aktiven, aber respektvollen Teilnahme erfahrener Mitglieder der traditionellen Linken, die zur Stärkung der Bewegung beitrugen, ohne ihre Kreativität mit den traditionellen Repertoires und Streitigkeiten zu ersticken. Ihr Beitrag verschloss auch den Weg zu möglichen Abweichungen der Bewegung in antipolitische oder liberale Positionen (Elemente, die in gewisser Weise am Anfang auch dabei waren).¹¹

Der Einbruch von 15M führte zu einer Wende in der Analyse der Linken. In verschiedenen Bereichen, und insbesondere bei den jüngeren Aktivist*innen, wurde der Schluss gezogen, dass es an der Zeit sei, das „78er Regime“ in Frage zu stellen und nicht nur eine bestimmte Regierung und ihre Politik. Das heißt, es ging darum, die Kritik gegen die Hauptakteure und -institutionen zu richten, die drei Jahrzehnte lang die spanische Politik unter dem Zweiparteiensystem von PSOE und PP

10 Für einen akademischen Überblick von 15M und seinen Kontext siehe Romanos, Eduardo: *Late Neoliberalism and Its Indignados: Contention in Austerity Spain*, in Andretta, M. / Della Porta, D. / Fernandes, T. / O'Connor, F. / Romanos E. / Vogiatzoglou, M. (Hg.), *Late Neoliberalism and its Discontents in the Economic Crisis*, London, Palgrave McMillian, 2016, 131–167. Etwas politischer ist die Analyse von Rodríguez, Emmanuel: *La política en el caso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos*, Madrid, Traficantes de Sueños, 2017.

11 Moreno Pestaña, José Luis: *Le mouvement du 15-M: social et 'libéral', générationnel et assembléiste*, in: *Savoir-Agir* 17, 2011, 113–118.

dominiert hatten. Der Ausdruck „78er Regime“ wurde als ungenau und parteilich kritisiert,¹² aber tatsächlich ist er für die Analyse nützlich. Wenn wir die Metapher eines Spiels nehmen,¹³ könnten wir sagen, das Ziel der Kritik seien nicht die *Züge* des Spiels (oder die konkreten politischen Maßnahmen) der jeweiligen Regierung gewesen, auch nicht der *Spieltyp* (Kapitalismus), sondern die *Regeln*, die sich das politische Spiel in Spanien seit dem Ende des Franco-Regimes sowohl in der Wirtschaft als in der Kultur gegeben hatte (und die faktischen Kräfte, die sie unterstützten). Diese Kritik schlug die Forderung nach einem „verfassungsgebenden Prozess“, der den Konsens der spanischen Gesellschaft auf demokratische und egalitäre Weise neu definieren sollte, vor, obwohl es dem Inhalt und der Durchführbarkeit dieses strategischen Horizonts weitgehend an konkreter Umsetzbarkeit mangelte.

15M war eine explosive und flüchtige Bewegung, die in ihrer Phase der Camps kaum den Sommer 2011 überleben konnte. Die politische Energie, die ans Licht kam, hielt jedoch zwei Jahre an, in denen die spanische Gesellschaft ein sehr hohes Niveau an Mobilisierungen erreichte.¹⁴ Ihre sichtbarsten und originellsten Ausdrücke waren die *Mareas* (Fluten) und die PAH (Plattform der Betroffenen von Hypotheken). Die *Mareas* bestanden aus mobilisierten Bürger*innen und Arbeiter*innen zur Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen. Sie begannen im Herbst 2011 mit der „grünen Flut“ (die Farbe der Hemden, die von ihren Sympathisant*innen getragen wurden) zur Verteidigung der öffentlichen Bildung. Diese Mobilisierung übernahm einen Teil der organisatorischen und diskursiven Strategien von 15M. Kurz danach entstand die „weiße Flut“, die das öffentliche Gesundheitswesen verteidigte, und auch andere „Fluten“, die allerdings kleiner waren, wie die „orange Flut“, die die Sozialleistungen verteidigte, oder die „rote Flut“, die von den jungen Menschen gegründet wurde, die ins Ausland auswandern mussten.

PAH war vor 15M entstanden, erhielt aber danach einen großen Schub. Die durch die Krise verursachte Arbeitslosigkeit vertrieb Tausende von Menschen aus ihren Häusern, da sie ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten. PAH gelang es, viele dieser Menschen zu organisieren, indem sie Aktionen zur Verhinderung von Räumungen in verschiedenen Stadtteilen mit Kampagnen verband, die dieses Drama in die öffentliche Debatte einbrachten und eine Politik forderten, die das Recht auf Wohnung garantiert.¹⁵ Viele ihrer Anführer – wie Ada Colau, heute Bürgermeisterin von Barcelona, oder Irene Montero, parlamentarische Sprecherin von *Unidos Podemos* – spielen heute eine führende Rolle in der sogenannten „neuen Politik“.

12 Sánchez-Cuenca, Ignacio: *La desfachatez intelectual: Escritores e intelectuales ante la política*, Madrid, Los libros de la catarata, 2016.

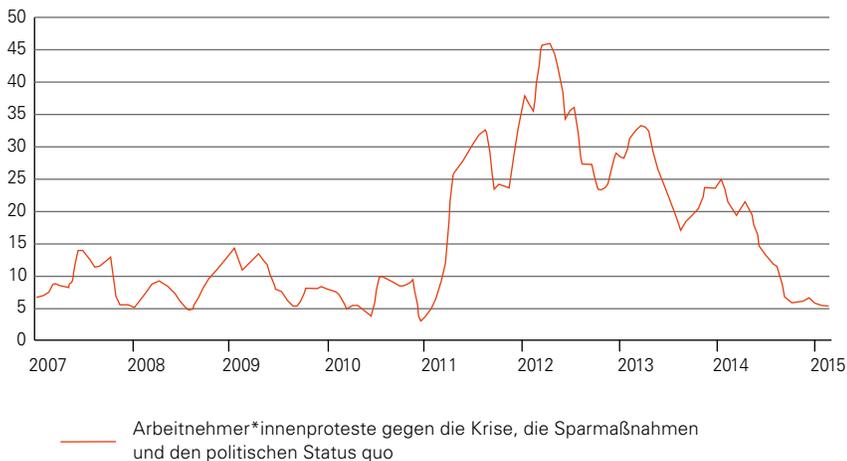
13 Alford, Robert / Friedland, Roger: *Powers of theory: capitalism, the state and democracy*, Cambridge, Cambridge University Press, 1985.

14 Die wichtigsten Meilensteine waren die weltweite Demonstration gegen das europäische Abkommen (Juni 2011), der globale Marsch gegen die Sparmaßnahmen (Oktober 2011), die Umzingelung des Kongresses (September 2012), die Generalstreiks (März und November 2012), der Marsch der Würde (März 2014) oder die „Escrachés“ der PAH (Juni 2013). Siehe Portos, Martín: *Mobilización social en tiempos de recesión: un análisis de eventos de protesta en España, 2007–2015*, in: *Revista Española de Ciencia Política* 41, 2016, 159–178.

15 Martínez, Miguel A.: *Bitter wins or a long-distance race? Social and political outcomes of the Spanish housing movement*, in: *Housing Studies*, 2018, 1–24.

Seitdem sind die Mobilisierungen und Proteste nicht aus dem politischen Leben in Spanien verschwunden und haben sehr beeindruckende Proteste organisiert, darunter die *Marchas de la Dignidad* bzw. Märsche der Würde, die 2014 durch die spanischen Städte und Dörfer nach Madrid marschierten, nachbarschaftliche Aufstände in Burgos und Murcia und, vor allem, der spektakuläre Zyklus der feministischen Mobilisierungen, die im Frauenstreik vom 8. März gipfelten. Im Herbst 2013 war jedoch allen klar, dass die Bürgerproteste langsam abflauten und dass Mobilisierungen alleine nicht ausreichend waren, um eine tiefgreifende politische Veränderung zu bewirken.

ENTWICKLUNG DER MOBILISIERUNGEN (2007–2015)



~ 15 ~

Quellen und Anmerkungen: Martín Portos, „Keeping dissent alive under the Great Recession: no-radicalisation and protest in Spain after the eventful 15M/indignados campaign“, *Acta Politica* (im Druck). Die Daten stammen aus einer Datenbank der Nachrichten der spanischen Tageszeitung „El País“, die der Autor angelegt hat. Die horizontale Achse zeigt die Anzahl der monatlichen Proteste (genauer gesagt die mobilen Mittelwerte der fünf Phasen um den jeweiligen Monat herum).

Zu dieser Zeit wurde die Idee des „Überfalls auf die Wahlurnen“ in den Netzwerken durch Aktivist*innen von 15M diskutiert. Viele Aktivist*innen, die sich bisher nur widerstrebend an politischen Institutionen beteiligten, begannen ernsthaft über die Möglichkeit nachzudenken, Wahlplattformen zu fördern, die die Empörung von 15M in ein Instrument des politisch-institutionellen Wandels verwandeln sollten. In diesem Sinne war das Beispiel von Syriza in Griechenland entscheidend: Die Idee einer „Spanischen Syriza“, die die organisierte Linke gruppierte und sich neuen Formen der Bürgerbeteiligung eröffnete, begann als ein durchführbares Projekt für die Wahlphase zu zirkulieren, die in den zwei Jahren (2014 und 2015) stattfinden würde.

Der zur Führung dieses Projekts bestplatzierte Akteur war die *Izquierda Unida*, doch die Unfähigkeit ihres Führungsteams (das immer noch von der Generation des Übergangs gebildet wurde), die Situation zu verstehen und für andere Themen offen zu sein, überzeugte viele Aktivist*innen davon, dass die Initiative außerhalb dieser Organisation liegen musste.¹⁶ Es gab allerdings keine organische Kontinuität zwischen der 15M-Bewegung und den neuen politischen Kräften. Die Debatte darüber, welche Strategie verfolgt und mit was für einem Organisationstyp operiert werden sollte, beschränkte sich auf einige wenige Sektoren. Mit anderen Worten, die Ausarbeitung dieser Optionen fand nicht an der Basis statt, und angesichts der Gesamtsituation ist auch nicht klar, ob dies überhaupt möglich gewesen wäre. Das erfolgreichste Projekt war ohne Zweifel *Podemos*, obwohl es nicht das einzige war. Andere Projekte blieben auf der Strecke, wie die technopolitische Partei X. Viele der Verteidiger*innen dieser Ideen mündeten in *Podemos*.

Die Gründung von *Podemos* begann im Sommer 2013 in Gesprächen zwischen einer kleinen Gruppe von Politologie-Professor*innen der Complutense-Universität von Madrid – die in den vorhergehenden Jahren als Berater*innen der Regierungen von Venezuela, Bolivien und Ecuador zusammengearbeitet hatten – und einigen Anführern der antikapitalistischen Linken.¹⁷ *Podemos* ging im Januar 2014 an die Öffentlichkeit und begann ihren Aufstieg, indem sie das öffentliche Charisma von Pablo Iglesias nutzte, das er als Moderator einer Fernsehshow erreicht hatte. Wie 15M erlebte auch *Podemos* ein explosives und völlig unerwartetes Wachstum. Nach nur wenigen Monaten ihrer Existenz, ohne Budget und Organisation und trotz des Schweigens der Medien, erreichte *Podemos* 8 Prozent der Stimmen und fünf Sitze bei den Europawahlen im Mai 2014. Der Auftritt von *Podemos* eröffnete eine neue Etappe für die Linke in Spanien.

~ 16 ~

16 Der Generalkoordinator der IU, Cayo Lara, behauptete, IU sei das spanische Syriza und es sei nicht notwendig, woanders zu suchen. Pablo Iglesias selbst war anfangs der Meinung, dass jedes Projekt mit der IU rechnen müsse (siehe seinen Artikel „Kann die IU die PSOE schlagen?“, in: Público, 13. August 2013, und die Antwort, die er einem Kritiker auf Twitter gab: „Ich halte es für unmöglich, ein Wahlprojekt im Staat zu betreiben, das nicht von der IU angeführt wird. Du nicht?“). Die Weigerung der IU, ihre Erneuerung vorzunehmen, änderte schließlich seine Meinung, aber selbst in den Wochen nach der Gründung von *Podemos* strebte Iglesias ein Abkommen mit der IU an, um gemeinsam mit einer Kandidatur an den Wahlen teilzunehmen, die durch offene Vorwahlen gewählt werden sollte. Die IU lehnte diesen Vorschlag ab.

17 Siehe Fußnote 9.



**DIE POLITISCHE BÜHNE
UND DAS PARTEIENSYSTEM**

Die Entstehung von *Podemos* markierte so den zweiten Meilenstein dieser politischen Phase. Ihr spektakuläres und unerwartetes Ergebnis bei den Europawahlen 2014 war ein Zeichen dafür, dass das Zweiparteiensystem vor dem Aus stehen könnte. Wenige Wochen später dankte König Juan Carlos ab und übergab den Thron an seinen Sohn, und auch Alfredo Pérez Rubalcaba, der langjährige Anführer der PSOE, kündigte seinen Rücktritt an. Viele interpretierten diese Gesten der Gesichtserneuerung des politischen Establishments als Reaktion auf die durch die neue Gemengelage bei den Herrschenden hervorgerufene Angst. In den folgenden Monaten erhielt *Podemos* dank des „Flitterwochen“-Effekts die besten Umfragewerte unter allen Parteien, was die Illusion schürte, diese Partei könne tatsächlich die Wahlen gewinnen.

Der Erfolg von *Podemos* beruhte weitgehend auf einer „populistisch“¹⁸-diskursiven Strategie. Kurz gesagt ging es darum, die Krise zu nutzen, um die gesellschaftlichen Mehrheiten über existierende ideologische Differenzen hinweg anzusprechen, und den politischen Raum in zwei gegnerische Lager zu teilen: das „Volk“ auf der einen gegen eine Elite, die das Land ausgeraubt hatte und die Institutionen besetzt hielt, auf der anderen Seite. *Podemos* stellte sich nicht wie eine „andere“ oder die „einzig wahre“ linke Partei dar, um zu vermeiden, in diese politische Ecke gestellt zu werden. Es war eine Partei, die sich an die „Menschen“ und gegen die höhere „Kaste“ richtete, und die ihre transversalen Forderungen betonte: Kritik an Korruption und Spekulation, Forderung nach mehr Demokratie, anstelle der identitären Symbolik der Linken, die die Unterstützung einer Mehrheit der Gesellschaft erreichen wollte.¹⁹ Ihr Anführer Pablo Iglesias fasste es so zusammen: „Die Macht hat keine Angst vor der Linken, sondern vor den Menschen“. Diese Strategie war zweifellos erfolgreich, aber erweckte das Misstrauen eines Teils dieser Linken, die darin einen opportunistischen Verzicht auf ideologische Prinzipien sah.²⁰

Einige dieser Kritikpunkte kamen von der Vereinigten Linken IU, deren Erwartungen eines Stimmenanstieg nicht nur enttäuscht wurden, sondern die sogar um ihre eigene Zukunft fürchten musste (was wie eine Neuauflage dessen erschien, was die PCE nach dem Umbruch erlebte). Es war der Beginn einer Reihe von Meinungsverschiedenheiten, die durch

18 Der Anstieg des Begriffs „Populismus“ wurde von einer enormen konzeptionellen Verwirrung begleitet. Die Intellektuellen konnten sich in der akademischen Debatte nicht darauf einigen, wie sie diesen Begriff definieren sollten und im politischen Streit diente er grundsätzlich als disqualifizierendes Epitheton und bildete in diesem Sinne die Hauptkritik gegen *Podemos*. Das Problem ist, dass diese Verwirrung auch auf die politische Debatte innerhalb der spanischen Linken übertragen wurde, sodass viele Diskussionen rund um (oder gegen) den Populismus von *Podemos* diverse Aspekte über einen Kamm scherte, wie z. B. den diskursiven Rahmen zur Spaltung des politischen Felds, die Überbedeutung kommunikativer Strategien, die Relevanz der politischen Anführer, die Flucht vor Identitätsbezügen der traditionellen Linken, der Gebrauch plebiszitärer Methoden oder vertikaler Strukturen oder die Überzeugung, dass die Politik von ihren materiellen Basen unabhängig ist. So kam es häufig vor, dass es bei Debatten über Populismus fast unmöglich war zu wissen, worüber eigentlich diskutiert wurde.

19 Im Jargon von Ernesto Laclau (*On populist reason*, London, Verso, 2005), der über Nacht zum obligatorischen Referenten in politischen Debatten wurde, was angesichts seines obskuren akademischen Stils ironisch ist. Es ging darum „leere“ oder „schwebende Signifikanten“ zu nutzen, die nicht so konnotiert waren, um mögliche ideologische Bedenken zu vermeiden und eine „Äquivalenzkette“ artikulieren zu können, die ein möglichst breites Subjekt erreichen könne. Das Ziel (um einen modernen Begriff zu verwenden) war „die Mitte des Spielfeldes zu besetzen“.

20 Um eine Übersicht der Strategie von *Podemos* gemäß ihren beiden bedeutendsten Gründerfiguren zu erhalten, siehe Iglesias, Pablo: *Spain on the Edge*, in: *New Left Review* 93, 2015, 23–42. und Errejón, Íñigo / Mouffe, Chantal: *Podemos: In the Name of the People*, London, Lawrence & Wishart, 2016. Um einen umfassenden Überblick zu *Podemos* zu bekommen, siehe Rendueles, César / Sola, Jorge: *The Rise of Podemos: Promises, Constraints, and Dilemmas*, in: García Agustín, Óscar / Briziarelli, Marco (Hg.), *Podemos and the New Political Cycle*, London, Palgrave, 2018, 25–47.

das Widerstreben seitens *Podemos* verstärkt wurden, sich mit einer Kraft zu vereinigen, die ihrer Meinung nach die Glaubwürdigkeit ihres politischen Diskurses verringern könnte, der vor den Klischees der traditionellen Linken floh, um ihre Basis zu erweitern und Stimmen aus entideologisierten Sektoren zu gewinnen.²¹ Es muss betont werden, dass die Skepsis, mit der einige Mitglieder der Linken *Podemos* empfingen, mit derjenigen vergleichbar war, die sie zuvor gegenüber 15M empfunden hatten. Und selbst diejenigen, die an beiden Prozessen teilgenommen hatten, spürten oft ein Widerstreben, gegen eine bestimmte vererbte Trägheit anzukämpfen. Ein Hindernis, mit dem jeder Innovationsversuch in der Linken rechnen muss.

Die Spannungen zwischen *Podemos* und IU verhinderten ein Wahlbündnis für die Regional- und Parlamentswahlen 2015. Bei letzteren konnte die IU, unter anderem Dank des Generationswechsels in der Führung mit Alberto Garzón, mit 3,7 Prozent der Stimmen fortbestehen. Die Koalitionsverhandlungen für die Parlamentswahlen 2016 (die angesichts der Unmöglichkeit der Regierungsbildung einberufen wurden) führten zur Bildung des Bündnisses *Unidos Podemos* (Gemeinsam schaffen wir es), das derzeit als Wahlbündnis weitergeführt wird und als Fraktion im Abgeordnetenhaus fungiert.

Das anfängliche Bestreben von *Podemos*, die „Mitte“ des Spielfeldes zu besetzen und die Stimmen der weniger ideologisierten Wähler zu erhalten, stieß auf eine unerwartete Tatsache: den Einbruch von *Ciudadanos* (Bürger). *Ciudadanos* wurde 2005 in Katalonien als Partei gegen den katalanischen Nationalismus gegründet und 2015 beschloss sie – mit Unterstützung einiger Eliten, die nach einer „rechten *Podemos*-Partei“, wie der Präsident der Bank Banco Sabadell es ausdrückte,²² suchten – den Sprung in die nationale Politik zu machen. *Ciudadanos* nutzte den von *Podemos* eröffneten Spalt, um als regenerative und technokratische Partei mit Kraft in das politische Spielfeld einzubrechen und dort die „neue Politik“ ohne den radikalen Extremismus ihres Konkurrenten zu vertreten. Im Laufe der Zeit hat diese Partei ihren Diskurs auf der Suche nach konservativen, von der PP enttäuschten Wähler*innen weiter nach rechts orientiert.

Der Einbruch von *Podemos* und *Ciudadanos* beendete das Zwei-Parteien-System, doch zeigten die alten Parteien PP und PSOE, dass sie stärker sind als angenommen. Die PP erlag nicht dem Schicksal der italienischen Christdemokraten nach ihrer besonderen *Tangentopoli*. Ihre Basis im ländlichen Spanien und bei der älteren Bevölkerung sowie die Kontrolle über die Hebel des Staates und die Angst, die sie gegen *Podemos* schürte, erlaubten es ihr die Macht bis zum Misstrauensantrag 2018 zu halten. Die Katalonien-Krise hat *Ciudadanos* dazu ermutigt, den spanischen Nationalismus weiter zu fördern, um der PP die konservativsten Wähler zu entreißen, aber unter den Machteliten scheint keine Einstimmigkeit über einen Wechsel in

21 Die heftigste Episode dieser Reibereien waren die umstrittenen Äußerungen von Pablo Iglesias im Sommer 2015: „Ich will keine politischen Pechvögel, die 25 Jahre lang unfähig waren, etwas zu bewegen, ich will nicht, dass die politischen Anführer der Izquierda Unida – und ich habe für sie gearbeitet – die unfähig sind die politische Situation des Landes zu erkennen, sich uns annähern [...]. Bleibt, wo ihr seid. Ihr könnt die Internationale singen und eure roten Sterne behalten [...] mich rühren diese Symbole auch und sie gefallen mir, aber ich will keine Politik damit machen.“ Público, 24. Juni 2015.

22 Lorenzo, Miguel: Josep Oliu propone crear 'una especie de Podemos de derechas', in: El Periódico, 25 June 2014, www.elperiodico.com/es/politica/20140625/josep-oliu-propone-crear-una-especie-de-podemos-de-derechas-3329695 (15.11.2018).

der spanischen Rechten zu bestehen. Die PP hat einen sehr harten internen Kampf um die Nachfolge von Mariano Rajoy erlebt, der nach seiner Amtsenthebung als Regierungspräsident zurücktrat. Es bleibt abzuwarten, welchen Preis die Partei für diese Situation zahlen wird, die weitgehend von der Fähigkeit ihrer Führung abhängen wird, die interne Einheit zu wahren. Ihr neuer Vorsitzender seit Juli 2018, Pablo Casado, setzte sich gegen die der Rajoy nahe Kandidatin mit einer Rede durch, die fern von Zurückhaltung war und mit der er einige Testballons in Richtung „alt right“ abfeuerte, darunter seine Kritik an der „Gender-Ideologie“, Verteidigung konservativer Werte und Ablehnung der Einwanderung.

Die PSOE folgte nach ihrer Wende 2010 hin zur strikten Sparpolitik auch nicht dem Schicksal der griechischen PASOK. Ihre Reaktion auf die Entstehung von *Podemos* reichte von Hohn bis Fassungslosigkeit: Zunächst fürchteten die Sozialisten, dass sie von ihrer hegemonialen Stellung im linken Wahlspektrum durch eine Partei verdrängt werden könnten, die ausdrücklich an die Stimmen der „wahren Sozialisten“ appellierte. Hier begann ein Erneuerungsprozess innerhalb der PSOE, ironischerweise kontrolliert durch den Parteiapparat, der den bis dahin unbekanntem Pedro Sánchez an die Spitze der Partei stellte. Bei den Wahlen von 2015 und 2016 gelang es der PSOE eine Stimmenbasis von 20 Prozent zu halten und so vermieden sie es, von *Podemos* überholt zu werden. Pedro Sánchez war allerdings nicht in der Lage, eine fortschrittliche Regierung zu bilden, wollte aber die PP-Regierung auch nicht ermöglichen. Dies löste eine schwere interne Krise aus, die in der Absetzung von Pedro Sánchez durch denselben Apparat gipfelte, der den Unbekannten an die Spitze gesetzt hatte. Nach seiner Absetzung trat Sánchez auch von seinem Sitz im Abgeordnetenhaus zurück, um nicht für Rajoy stimmen zu müssen und initiierte einen Wahlkampf, der mit seinem überraschenden Sieg bei den Vorwahlen im Mai 2017 endete, bei der er mit einer flammend linke Rede gegen seine Opponentin, Susana Diaz, die eine konservativeren Rede gehalten hatte, antrat. In den folgenden Monaten verblasste diese Rede und damit auch die Popularität von Sánchez. Seine Geschichte nahm im Mai 2018 eine neue Wende: Der Sieg des Misstrauensantrages gegen den Präsidenten Mariano Rajoy machte ihn mit der Unterstützung von *Podemos* und den Nationalisten zum Parteivorsitzenden. Es ist noch zu früh, um abzuschätzen, was jetzt passieren wird. Es bleibt abzuwarten, ob die PSOE die verlorenen Stimmen bei den jüngeren Generationen zurückgewinnen kann, oder ob das moderne Auftreten des neuen Parteichefs ausreicht, um mit den politischen und wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, die vor ihm liegen.

Was nach den Wahlen von 2015 und 2016 geblieben ist, ist ein Vier-Parteien-System, das sich aus zwei Achsen zusammensetzt: Ideologie und Generation. Der Diskurs, sowohl vom 15M wie auch von *Podemos*, der besagt, sie stünden „jenseits von links und rechts“, war übertrieben, um nicht zu sagen schlichtweg falsch. In Wirklichkeit ist der Anteil der Menschen, die sich im Zentrum wiederfinden oder vermeiden, sich in das rechte oder linke Lager zu stellen, in den letzten Jahrzehnten überraschend stabil geblieben.²³ Es wäre jedoch falsch zu sagen,

23 Laut den Daten des Centre for Sociological Research wuchs der Anteil der Ersteren in den 90er Jahren von 25 % auf 30 % und die Letzteren sanken von 27 % in den 80er Jahren auf aktuell 22 %.

der „transversale“ Diskurs wäre vollkommen nutzlos gewesen: Er diente wahrscheinlich dazu, den Rahmen der politischen Debatte zu erschüttern und viele linke Wähler anzuziehen, die nicht mehr an den Aufruf auf Grundlage ideologischer Identität glaubten, da die Theorie und die konkrete Praxis weit auseinanderklafften.

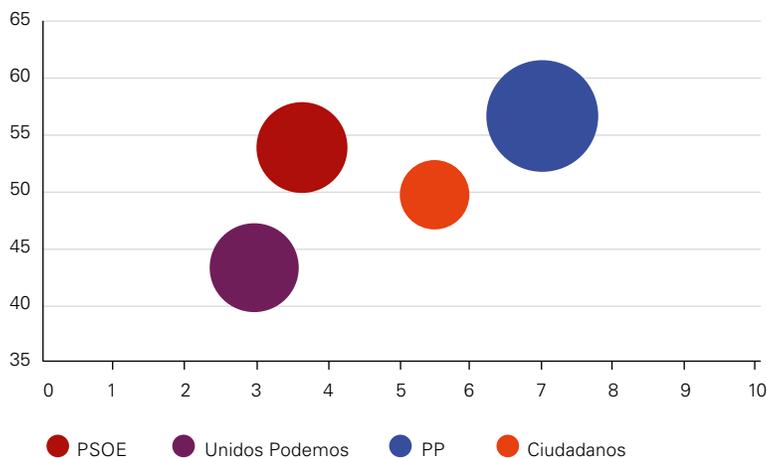
WAHLERGEBNISSE DER WAHLPHASE 2014–2016

WAHLEN	EUROPA 05.2014	REGIONAL 05.2015	KOMMUNAL 05.2015	ALLGEMEIN 12.2015	ALLGEMEIN 07.2015
PP	26,0	31,0	27,5	28,7	33,0
PSOE	23,0	25,1	16,6	22,0	22,7
Podemos	8,0	13,9	22,2	20,7	21,1
Ciudadanos	3,2	10,2	11,3	13,9	13,1
IU	10,0	4,4	8,8	3,7	---

Quellen und Anmerkungen: Innenministerium und *El País*. Die Regionalwahlen wurden in vier Regionen (Katalonien, Baskenland, Galizien und Andalusien) nicht ausgetragen. Die Kommunalwahlen beinhalten nur die Ergebnisse der zehn größten Städte Spaniens. Bei den Kommunalwahlen vom Mai 2015 nahmen *Podemos* und *Izquierda Unida* in vielen Städten an verschiedenen Bürger-Wahlplattformen gemeinsam teil. Bei den allgemeinen Wahlen im Juni 2016 bildeten beide Parteien die Koalition „*Unidos Podemos*“.

POLITISCHE LANDSCHAFT NACH ALTER UND IDEOLOGIE DER WÄHLER

~ 21 ~



Quellen und Anmerkungen: CIS, Umfrage nach den Wahlen 2016. Die senkrechte Achse zeigt das mittlere Alter der Wähler*innen an und die waagerechte den Mittelwert der ideologischen Selbsteinschätzung (in einer Links-rechts-Skala von 0 bis 10). Der Umfang der Kreise spiegelt den Anteil der von jeder Partei erhaltenen Stimmen. Die durchschnittliche Ideologie der Wähler*innen von *Ciudadanos* sowie die Wahrnehmung der Ideologie dieser Partei innerhalb der Gesellschaft sind seitdem nach rechts gerückt.

Um dieses Bild zu vervollständigen, muss man sich auf die sogenannten „Bündnisse“ beziehen.²⁴ Das Bündnis auf staatlicher Ebene zwischen *Podemos* und *Izquierda Unida* unter dem Dach von „*Unidos Podemos*“ hatte Vorgänger in den regionalen Bündnissen, die in Galicien (*En Marea*), Katalonien (*En Comú*) oder Valencia (*Compromís-Podemos*) entstanden waren. Diese Allianzen wurden hauptsächlich dadurch begünstigt, dass es an diesen Orten politische Akteure gab, deren Beliebtheit *Podemos* dazu zwang, sich mit ihnen zu verbünden, statt allein an den Wahlen teilzunehmen.

Die Bedeutung, dieser Zusammenschlüsse ist dreifacher Natur: Sie bieten flexiblere und inklusivere Bündnisformen, haben bei den folgenden Wahlen die besten Ergebnisse erzielt und eine größere interne Vielfalt in Sachen Kräftekonstellation für den Wandel eingeführt. Die Zukunft der Linken in Spanien wird in hohem Maße davon abhängen, wie sich diese Bündnisse entwickeln und vermehren können.

24 Wir schließen linke oder Mitte-Links-nationalistische Parteien von der Analyse aus, wie den Bloque Nacionalista Galego (Galicien), die Chunta Aragonesista (Aragon), Bildu (Euskadi) oder die Candidaturas de Unidad Popular (Katalonien).



DIE PARTEIEN UND IHRE DEMOKRATISIERUNG

Ein wiederkehrendes Motiv war die Entfremdung der neuen Generationen von den Parteien sowie das Engagement für mehr horizontale Partizipationsformen, was typisch für soziale Bewegungen ist. Diese Trennung wurde durch das Fehlen starker ideologischer Loyalitäten (ähnlich denen der alten sozialistischen und kommunistischen Parteien) und die Verflüssigung von Formen des gesellschaftspolitischen Engagements verschärft. Die Alternativen, die im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends sowohl außerhalb als auch innerhalb der Parteien diskutiert wurden, kreisten alle um eine „partizipative Demokratie“: Es ging darum, die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung zu erweitern und ein höheres Maß an Kontrolle und Transparenz zu garantieren. Forderungen, die im Rahmen von 15M populärer wurden, waren Vorwahlen und offene Listen bei den Wahlen.

Podemos griff dieses Gefühl auf und auch innerhalb der *Izquierda Unida* bahnten sich diese Formen allmählich ihren Weg. *Podemos* stellte sich nicht als Partei dar, sondern als eine „partizipative Methode, die allen Bürgern offensteht“. Dank der organisatorischen Innovationen ist *Podemos* ein ausgezeichnetes Labor, um die Möglichkeiten und Grenzen neuer Organisationsmodelle zu analysieren. Der Rückgriff auf die direkte Partizipation nährte – von ihren Anfängen²⁵ an – die Illusion, dass *Podemos* eine Bewegungspartei sei, die mit Hilfe neuer Technologien die fortdauernden Probleme der Parteienlandschaft überwinden würde. Die Wirklichkeit sieht tatsächlich anders aus.

Das organisatorische Modell, das *Podemos* bei seiner ersten Vollversammlung (Vistalegre I, im Herbst 2014) annahm, wurde von seinen Befürwortern als „Wahlkampf-Kriegsmaschinerie“ beschrieben, die darauf abzielte, die kurz danach stattfindenden Wahlen erfolgreich zu bewältigen. Mit der Entscheidung für dieses Modell wurde die demokratische und pluralistische Entwicklung der Grundstrukturen der Organisation dem unmittelbar wirksamen sogenannten „Blitzkrieg“, wie der Wahlkampf der folgenden Monate genannt wurde, untergeordnet.

Die Struktur der neuen Partei war zum Teil konventionell: Sie wurde auf territorialer Ebene (lokal, regional und staatlich) mit einem Vorstand (genannt „Bürgerrat“) und einem Generalsekretär auf jeder Ebene organisiert. Aber sie enthielt auch vier Neuerungen. Erstens wurden die Vorwahlen beibehalten, um sowohl die internen Posten, als auch die Kandidaturen zu bestimmen, außerdem sollten auch andere wichtige Entscheidungen so getroffen werden. Zweitens waren diese Vorwahlen „offen“ für jeden, der sich im Internet registrierte, und es gab praktisch keine zahlenden Parteimitglieder. Drittens wurden die bei den Vorwahlen gewählten Listen – mangels eines Mechanismus für eine proportionale Gewichtung – einer Mehrheitsmethode unterzogen, bei der der Gewinner alles bekam.²⁶ Viertens konnten bei den Vollversammlungen „registrierte Personen“ auch über Dokumente telematisch abstimmen,

25 Im Jahr 2014 ordnete Pablo Iglesias seine Kandidatur der Erreichung von 50.000 Telematik-Unterstützung unter, die er in 24 Stunden erhielt. Bald darauf wählte *Podemos* ihre Liste für die Europawahlen in Vorwahlen, die für alle Bürger offen waren, und bot telematische Mittel für die Teilnahme des Volkes an der Ausarbeitung des Programms an. *De facto* war das Funktionieren von *Podemos* während der ersten Monate durch den leninistischen Zentralismus eines kleinen Kampagnenteams mit einer sorgfältig entworfenen Strategie gekennzeichnet, und das war Teil ihres anfänglichen Erfolges.

26 Es handelte sich um einfache Mehrheitswahlen (mit der Möglichkeit, Listen zur Orientierung der Wahl vorzustellen). Der Wähler hatte so viele Stimmen wie die zu wählenden Posten und es bestand keine Gewichtung der Reihenfolge, in der die Kandidaten auf der Wählerliste standen. Diese wurde später durch ein Proporz-System ersetzt, das allerdings weiterhin nach Mehrheit funktionierte, was wiederum kritische Minderheiten benachteiligte.

und es gab keine Möglichkeit zu einer persönlichen Debatte, um diese Dokumente anzupassen oder eine Einigung zu erreichen, falls Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Das Ergebnis dieses Modells war ambivalent. Die Direktwahl führte zu einer massiven Beteiligung am Wahlprozess von *Podemos* und ließ sie als demokratischere Partei erscheinen. Jedoch schwächte es die organischen Bindungen (zwischen der Parteibasis, ihren Kadern und ihren öffentlichen Vertreter*innen), gewährte den Anführer*innen – die de facto die Kontrolle über die Listen behielten – eine enorme Macht und bevorzugte eine Funktionsweise, die mehr auf der Durchsetzung einer Position als auf Debatten basierte. Mit anderen Worten, das Modell hatte einen ausgeprägten Volksabstimmungs-Charakter.

Die Wahl dieses Modells kann angesichts zweier Umstände besser verstanden werden. Der erste ist eine theoretische Reflexion des „demokratischen Elitismus“ der Linken. Die Asymmetrie zwischen dem intensiven Aktivismus eines militanten Kerns von Vollzeitpolitikern und den nicht so intensiv oder intermittierend aktiven Personen (in diesem Fall viele Anhänger*innen von *Podemos*) stellten eine unbequemes Dilemma dar. Wenn der Einfluss der Militanten Vollzeitaktiven auf Kosten der Vorlieben der Anhänger*innen priorisiert würde, könnte dies zu einem „demokratischen Elitismus“ führen, der darauf abzielt, „alle Bürger in permanente Aktivisten zu verwandeln, und die militante Minderheit als Quelle der souveränen Entscheidungen [privilegiert].“²⁷ Somit könnte die soziale Mehrheit, die nicht die Ressourcen der Aktivist*innen (Zeit, Fähigkeiten, Interesse etc.) hat, an den Rand des politischen Lebens der neuen Organisation gedrängt werden. Die politische Öffnung, die als Folge von 15M entstanden und aus der *Podemos* erwachsen war, und die viele Menschen dazu ermutigt hatte, sich am politischen Leben zu beteiligen, könnte sich nun wieder reduzieren. Es ist eine entscheidende Debatte, deren Lösung jedoch noch aussteht. In diesem Fall scheint es, als wäre die Macht von den militanten Aktivist*innen ergriffen worden, nicht aber an die breite Masse der Sympathisant*innen weitergegeben, was eher dazu geführt hat, dass sie sich in den Händen der Parteiführung konzentriert hat.

Der zweite Umstand war äußerst praktisch. *Podemos* musste sich in ihren ersten zwei Jahren einem teuflischen Szenario stellen: die Durchführung von lokalen, regionalen und nationalen Wahlen ohne konsolidierte Organisationsstrukturen oder erfahrene politische Kader, auf die Gefahr hin, dass linksradikale Äußerungen ihren „transversalen“ Diskurs zunichtemachen könnten und mit einer feindlichen Haltung der Medien, die jeden Patzer nutzen würden, um sie anzugreifen. Wie Íñigo Errejón zusammenfasste: „Wir müssen gleichzeitig laufen und uns die Schnürsenkel binden“. In diesem Sinne wurde die hierarchische und zentralisierte Hyperführung der „Wahlkampf-Kriegsmaschinerie“ von einigen Leuten als provisorisch zu leistender Tribut verteidigt, um das Zeitfenster zu nutzen, das mit dem Wahlzyklus eröffnet wurde. In seiner Verteidigung dieses Modells bekräftigte Pablo Iglesias, dass „der Himmel nur durch einen Sturm und nicht durch einen Konsens“ eingenommen werden könne. Das Problem ist, dass nach dem Ende der Wahlperiode

27 Alba Rico, Santiago: El lío de Podemos y los tres elitismos, in: Cuartopoder, 4. Oktober 2014, www.cuartopoder.es/ideas/opinion/2014/10/04/el-lio-de-podemos-y-los-tres-elitismos/6325 (15.11.2018).

und der Rückkehr zum „Krieg der Positionen“ die politisch-organisatorische Dynamik, die in Gang gesetzt worden war, nicht einfach rückgängig gemacht werden konnte. Als es an der Zeit war, sie zu überprüfen, waren auf der zweiten Vollversammlung von *Podemos* (Vistalegre II, Februar 2017) bereits die negativen Auswirkungen sichtbar und dennoch wurden kaum Veränderungen eingeführt, um die Situation zu verbessern. Die mittelfristigen Auswirkungen dieses „kriegerischen“ Organisationsmodells waren ziemlich schädlich. Durch das Fehlen von Kontrollmechanismen und einer freundlicheren politischen Kultur wurde jeder Dissens zu einer internen Krise. Politische Überlegungen wurden von Karikaturisierungen des Gegners und Anschuldigungen überschattet, durch die sich das Klima der Partei bei der täglichen Arbeit stark verschlechtert hat. Die effektive innere Machtverteilung konnte die Auswirkungen des „eisernen Gesetzes der Oligarchie“ nicht verhindern, ohne über die Effizienzvorteile zu sprechen, mit denen das Modell ursprünglich gerechtfertigt wurde. Auf diesem Weg hat die innere Dynamik von *Podemos* das schlimmste Sektierertum der Linken reproduziert.

An dieser Stelle ist es angebracht, eine Übersicht der Hauptfraktionen oder Strömungen der Linken anzuführen. Im Innern von *Podemos* bestand bald eine Trennung zwischen dem offiziellen Sektor – den wir hier der Einfachheit halber „populistisch“ nennen – angeführt von Pablo Iglesias und Íñigo Errejón und dem Sektor der „die Proteste auf der Straße“ bevorzugt, angeführt von den Antikapitalisten. Der offizielle Sektor schlug eine „machiavellistische“ Strategie des Ansturms auf die Institutionen mit einer starken Führung und einer effektvolleren Kommunikationsstrategie vor, während die zweite Strömung Horizontalität und eine enge Verbindung mit den sozialen Bewegungen als Motor des Wandels forderte. Kurz darauf teilte sich der offizielle Sektor in „Errejonisten“ und „Pablisten“. Obwohl die Konfrontation ihre Hintergründe hatte, wurden die Differenzen in den Debatten übertrieben. Aber man kann sagen, dass der offizielle Sektor den anfänglich „populistischen“ Diskurs vertiefen wollte, während der zweite Sektor eher einen Diskurs mit mehr linken Referenzen zu reproduzieren suchte. Man kann diese Differenzen klar an den Slogans verfolgen, die beide nutzten, um ihre Meinungsverschiedenheiten auszudrücken: die „Errejonisten“ drängten darauf, die „noch nicht Überzeugten zu gewinnen“, wobei sie die ursprüngliche Strategie der Transversalität betonten, auch wenn dieses einen moderateren Diskurs oder die Vereinbarungen mit anderen progressiven Kräften erfordere. Die „Pablisten“ dagegen sagten, man müsse aggressiv gegen die Mächtigen sein, um als Außenseiter und als unbestechlich angesehen zu werden, auch wenn das kurzfristig nicht rentabel sei oder die Unentschlossenen von der Partei abschrecken könne. Das Organisationsmodell verschärfte die Zusammenstöße zwischen diesen drei Sektoren und stellte die traditionellen Streitigkeiten der *Izquierda Unida* in den Schatten. Währenddessen drehte sich die schärfste Debatte innerhalb der *Izquierda Unida* um eine größere Nähe zu *Podemos* und die Bekräftigung der eigenen Identität als unabhängige Organisation.

Das beste Beispiel für die unvorhergesehenen Folgen dieses Organisationsmodells von *Podemos* sind die Vorwahlen. Die Vorwahlen wurden vom 15M gefordert und von der neuen Partei als Prinzip aufgegriffen. Ihr demokratisierendes Potential schien gewiss: Sie betrafen nicht nur die Militanz und die Sympathisant*innen bei der Entscheidungsfindung, sie konnten

auch die Rechenschaftspflicht und den Pluralismus von Organisationen stärken. Die Erfahrung von *Podemos* scheint jedoch die Veränderung anderer Parteien in den letzten Jahrzehnten in einem anderen Sinne zu bestätigen: Die Entleerung der Parteistruktur, erleichtert durch den Einsatz offener Vorwahlen kann die Macht in der Parteiführung unter dem Deckmantel eines demokratischen Erscheinungsbilds konzentrieren. Die Möglichkeit mit dem Smartphone zu wählen bedeutet nicht automatisch, dass man echte Entscheidungsgewalt hat.²⁸

Das Problem ist, die Bilanz ist unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Effizienz nicht sehr vielversprechend. Die Vorwahlen haben sich richtiggehend in nicht immer saubere Wahlkämpfe gewandelt, die einen wichtigen Teil der militanten Energie verbrauchen und interne Rivalitäten vertiefen, was *Podemos* einer ständigen Erosion aussetzt. All dies bedeutet nicht, dass es zweckdienlich ist, die Vorwahlen abzulehnen – was niemand vorzuschlagen wagt – aber ihre Vorteile sind umstritten und hängen in hohem Maße von den organisatorischen Kontexten ab, in denen sie angewendet werden, und von den konkreten Strukturen, die sie umgeben. Sie erfordern auch den Einsatz anderer Mechanismen, die sowohl das Monopol der herrschenden Eliten als auch die Wettbewerbsdynamik zwischen ihnen brechen könnten, sowie die Verwendung der Auslosung bei der Wahl einiger Posten (zum Beispiel bei den Mitgliedern des Garantiausschusses, um seine Unabhängigkeit zu gewährleisten).²⁹

Die Erfahrung von *Podemos* bietet relevante Erkenntnisse zu den Demokratisierungsprojekten politischer Organisationen. Vorerst müssen wir sorgfältig und mit Bedacht mit den unvorhergesehenen negativen Auswirkungen der Möglichkeiten umgehen, die der „Bürokratie“ der alten Parteien entgegenstehen. Das heißt, es ist nicht immer anzunehmen, dass die Innovationen, die mit dem selbstgefälligen Etikett „neue Politik“ versehen sind, sich immer als vorteilhaft erweisen. Insbesondere besteht die reale Gefahr, dass eine demokratische Rhetorik, die auf „Partizipation“ basiert, die tatsächliche Machtverteilung in Organisationen verdeckt. Diese Rhetorik übersieht oft, dass Demokratie auch günstige Bedingungen erfordert, gestützt auch auf Debatten, in denen verschiedene Ideen gegenübergestellt werden; aber sie erfordern auch ein regulatorisches und institutionelles Umfeld, das ordnungsgemäße Funktionieren von Organisationen und die wirksame Einbeziehung der größtmöglichen Anzahl von Menschen (vor allem möglichst vieler Menschen in sozial schwächeren Positionen, die normalerweise nicht über das soziale und kulturelle Kapital verfügen, um politisch aktiv zu werden). In Abwesenheit dieser Bedingungen ist anzunehmen, dass die formalen Beteiligungsmechanismen nur der Verhüllung der Konkurrenz zwischen den Führungseliten dienen und schließlich zur Entleerung der Demokratie führen.

~ 27 ~

28 Katz, Richard S.: The Problem of Candidate Selection and Models of Party Democracy, *Party Politics* 7/3, 2001, 277–296. Scarrow, Susan E.: Parties and the Expansion of Direct Democracy: Who Benefits?, in: *Party Politics* 5/3, 1999, 341–362. Scarrow, Susan E. / Webb, Paul / Farrell, David M.: From Social Integration to Electoral Contestation. The Changing Distribution of Power within Political Parties, in: Dalton, Russell J. / Wattenberg, Martin P. (Hg.), *Parties without partisans political change in advanced industrial democracies*, Oxford, Oxford University Press, 2000, 129–153.

29 Die Idee, Auslosungen einzusetzen, um die Mitglieder einiger Parteigane zu wählen, wurde in diesen Jahren mehrmals vorgeschlagen, aber bisher mit wenig Erfolg. Moreno Pestaña, José Luis: El sorteo y la recepción del populismo en Podemos, in: *Arizona Journal of Hispanic Cultural Studies* 21, 2017, 311–328. Costa, Jorge: Resistencias a la introducción del sorteo entre el samblearismo y la institucionalización: el caso de Podemos en Cádiz, in: *Daimon* 72, 2017, 221–237.

DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN



In den Debatten innerhalb der spanischen Linken, und insbesondere bei *Podemos*, wurde häufig an die sozialen Bewegungen als Schlüsselement der politischen Strategie referiert. Für einige kam der Impuls für politische Veränderungen aus der Dynamik einer „gesellschaftlichen Bewegung“ von 15M und es war wichtig, diese Energie zu stärken, damit sich die politischen Kräfte in ihren Strategien an ihr orientierten. Für andere hingegen war 15M, besonders in seinem diskursiven Aspekt, von den „klassischen“ Repertoires sozialer Bewegungen abgewichen, um so größere Unterstützung zu erhalten. Dennoch war die Bewegung auf strategisch-organisatorische Hindernisse gestoßen, deren Überwindung eine andere, an die neue politische Phase angepasste Strategie erforderte.

Um diese Debatte in einem angemessenen Maß zu bewerten, die parallel zu dem verlief, was organisationsintern bei *Podemos* geschah, müssen die tatsächliche Situation der sozialen Bewegungen berücksichtigt werden. Und hier befinden wir uns in einem einzigartigen spanischen Paradoxon. Spanien ist ein Land mit einem sehr hohen Grad an politischer Mobilisierung und einem sehr geringen Grad an Organisation.³⁰ Beide sind ein durchgehendes Merkmal der spanischen Gesellschaft, deren Ursprünge auf das Erbe des Franco-Regimes und die Besonderheiten des Übergangs zur Demokratie zurückgehen – insbesondere was die Institutionen betrifft, da sie für die Forderungen der Bürger nicht sehr durchlässig sind und nur wenige Kanäle zur Teilhabe bieten.³¹ Die Spannung zwischen diesen beiden Prozessen mit sehr unterschiedlichem Rhythmus erklärt jedoch viel von der Einzigartigkeit und den Grenzen der linken Alternativen. So gesehen ist Spanien ein sehr mobilisiertes Land mit relativ schwachen sozialen Bewegungen.³²

Der zweite Teil dieser Aussage mag kontrovers sein und hängt davon ab, wie die „sozialen Bewegungen“ konzipiert sind³³ und welche Indikatoren zur Messung ihrer Stärke gewählt werden. Aber abgesehen von semantischen oder methodologischen Meinungsverschiedenheiten kann es faktisch relevant sein, dass sich die jeweilige Mobilisierung nicht zu stabilen und dauerhaften Organisationsformen kristallisiert, was eine längerfristige Bürgerbeteiligung und die Schaffung von Netzwerken jenseits der militanten Organisationen verhindert.

15M, zweifellos der erfolgreichste Fall der politischen und sozialen Mobilisierung, stolperte über dieses Paradoxon: Der Erfolg, die Unzufriedenheit zu artikulieren und die Unterstützung

30 Morales, Laura / Geurts, Peter: Associational Involvement, in: van Deth, J.W. / Montero, J.R. / Westholm, A. (Hg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Abingdon, Routledge, 2007, 135–157.

31 Fishman, Robert: On the Significance of Public Protest in Spanish Democracy, in: Jordana, Jacint / Navarro, Vicenç / Pallarés, Francesc / Requejo, Ferran (Hg.), *Democràcia, Política i Societat, Homenatge a Rosa Virós*, Universitat Pompeu Fabra, 2012, 351–366.

32 Aguilar, Suana / Romanos, Eduardo: Is Spain still different? Social Movements Research in a Belated Western European Democracy, in: Fillieule, Olivier / Accornero, Guya (Hg.), *Social Movement Studies in Europe. The State of the Art*, Nueva York, Berghahn Books, 2016, 338–355.

33 Dies ist eine Kategorie, die von der Wissenschaft eingeführt wurde, über deren Definition niemals Einigkeit bestand und die eher zur Verwirrung als zur Klärung beitrug. Siehe zum Beispiel den bereits klassischen Artikel von Diani, Mario: The concept of social movement, in: *The Sociological Review* 40/1, 1992, 1–25. und eine aktuellere Überlegung von ihm Diani, Mario: Revisando el concepto de movimiento social, in: *Encrucijadas* 9, 2015, 1–15.

der sozialen Mehrheit zu erlangen, prallte auf seine Unfähigkeit, stabile Organisationsformen zu schaffen, die Möglichkeiten der Partizipation für diejenigen bieten konnten, die die Straßen füllten. Die Versuche, die aufständische Energie von 15M zu bewahren, zu revitalisieren oder zu kopieren, scheiterten, weil – wie wir in den letzten Jahren gesehen haben – es sich um eine explosive und nicht kontinuierliche Mobilisierung handelt, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit wieder erscheint, jedoch immer in relativ flüchtiger Form. Das Beispiel der „Mareas“ zur Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen ist ebenfalls lehrreich. Sie nutzten die Dynamik von 15M, um frühere Mobilisierungen traditioneller Art – angeführt von Gewerkschaften und Berufsverbänden – zu überwinden. Es gelang ihnen, ein diffuses, aber starkes Netzwerk zu schaffen, das wiederum in der Lage ist, mit der Verteidigung der öffentlichen Dienste eine allgemeine und breite Solidarität bei den Bürger*innen aufzubauen. Doch diese enorme politische Bewegung konnte nur sehr wenige ihrer konkreten Forderungen durchsetzen und es gelang ihr nicht, sich auf organisatorischer Ebene zu konsolidieren. In der Tat waren die Gewerkschaften nicht sehr durchlässig für die „Mareas“, deren Kraft heute nicht mehr sehr groß ist.

Aber man muss auch sagen, dass die explosive Natur der sozialen Mobilisierung Möglichkeiten politischer Intervention aufgezeigt hat, die die Linke in ihrer Agenda nicht berücksichtigt hatte, und die in einem kontrollierten politischen Umfeld sicherlich niemals getestet worden wären. Die Demonstrationen im Gamonal-Viertel von 2014 oder, in jüngerer Zeit, der Widerstand in Murcia gegen den Bau einer Eisenbahnstrecke, die die Stadt teilen würde, sind Beispiele für intensive Mobilisierungsprozesse auf lokaler Ebene, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr aufgetreten waren (die Nachbarschaftsbewegung, die Anfang der 1980er Jahre noch sehr aktiv war, flaute später stark ab). Anfang 2018 starteten auch bedeutende Demonstrationen zur Verteidigung des öffentlichen Rentensystems. Diese Bewegung wurde von einer gesellschaftlichen Gruppe (Rentner*innen) angeführt, von der die Linke dachte, sie sei unempfänglich für ihre Botschaften.³⁴

Doch das auffälligste Beispiel für die Fähigkeit der explosiven sozialen Mobilisierung, die unerwartete Chancen der Politisierung aufzeigten, sind die vielen feministischen Proteste, die im Generalstreik der Frauen vom 8. März 2018 gipfelten. In Spanien hatten sich in den letzten Jahrzehnten die Werte für Geschlechtergleichheit schrittweise entwickelt, insbesondere im Hinblick auf öffentliche Institutionen, Beschäftigung und sexuelle Freiheit. Gleichermäßen wurden die Mobilisierungen gegen Gewalt von Männern gegen Frauen fortgesetzt. Der Feminismus hatte jedoch früher eine geringe Fähigkeit zur sozialen Mobilisierung und erzeugte in weiten Teilen der Gesellschaft Ablehnung. Sicherlich war der Konflikt während des 15M-Camps in Madrid der spektakulärste Ausdruck hierfür, als Feministinnen ein Spruchband mit dem Slogan „Die Revolution wird feministisch sein oder sie wird nicht sein“ platzierten, die unter Applaus der Versammlung abgenommen wurde. Diese Situation änderte sich im Jahr 2014 mit den Protesten gegen das Abtreibungsgesetz, die die PP durchsetzen wollte. Vier Jahre später

34 Wie die Abbildung auf Seite 21 zeigt, ist die ältere Bevölkerung die wichtigste Wählerbasis der traditionellen Parteien, insbesondere der PP.

gelang es dem Feminismus, wie damals 15M, das Bewusstsein des Landes zu wecken, und er hat jetzt eine sehr große Fähigkeit, vor allem junge Frauen zu mobilisieren, auch wenn die Feministinnen immer noch keine konsolidierte organisatorische Struktur haben.³⁵

Es ist daher nicht unvorstellbar, dass andere innovative Bewegungen, die derzeit nicht in der Lage sind, Menschen zu mobilisieren, in naher Zukunft zu mächtigen Protestmotoren werden könnten: Beispielsweise könnte die Mobilisierung für Wohnraum mit dem Kampf der Mietergewerkschaften oder den Nachbarschaftsvereinigungen gegen den Massentourismus in den Städten wiederkehren, oder die wachsende Sensibilität unter den Jugendlichen für mehr Tierschutz könnte eine Mehrheitsdimension erreichen oder die ökologische Bewegung könnte durch neue Ausdrucksformen wieder aufleben.

Doch sollte all das uns nicht daran hindern, folgende Hauptbeschränkungen zu erkennen: das Ungleichgewicht in der Zusammensetzung der sozialen Bewegungen³⁶ und ihre mangelnde organisatorische Struktur. Die soziale Mobilisierung von 15M und dessen Folgen richtete sich vornehmlich an eine bestimmte soziale Gruppe: die junge Mittelschicht³⁷ mit Universitätsausbildung, deren Erwartung, gesellschaftlich repräsentiert zu werden, nicht erfüllt waren und die die Enttäuschung der Leistungsideologie am intensivsten spürte. Im Gegensatz dazu waren die Arbeiterjugend oder die Migrant*innen sowohl bei der Dynamik der Mobilisierungen wie in den Diskursen und dem nach außen projizierten Bild deutlich unterrepräsentiert.³⁸ Die soziale Kluft, auf die sich der Block des Wandels stützte, war generationsübergreifend, aber die Stimme der neuen Generation hatte ein ausgeprägtes Klassenmerkmal. Weder den „Mareas“ noch dem Feminismus oder den lokalen Bündnissen gelang es, diese Dynamik zu durchbrechen und die Gruppen zu vertreten, die am stärksten unter den Auswirkungen der Krise leiden.

Was den zweiten Punkt betrifft fehlte eine Korrelation der Intensität der Proteste mit einer politischen und institutionellen Veränderung oder der Herausbildung einer Organisationsstruktur. Die Demonstrationen waren sehr wirkmächtig und hatten einen gewissen Erfolg bei der

~ 31 ~

35 Campillo, Inés: 'If we stop, the world stops.' The 2018 Feminist Strike in Spain, *Social Movements Studies* (im Druck).

36 Das ist natürlich kein besonderes Merkmal Spaniens, sondern ein allgemeiner, von der Sozialforschung gut dokumentierter Prozess. Siehe zum Beispiel Cainzos, Miguel / Voces, Carmen: Class Inequalities in Political Participation and the 'Death of Class' Debate, in: *International Sociology* 25/3, 2010, 383–418.

37 Der Begriff „Mittelklasse“ weckt gelegentlich Argwohn bei den Linken, weil er als Kategorie verstanden wird, die schlicht und einfach die angestrebte Identität eines Teils der Arbeiterklasse widerspiegelt. Der Begriff dient jedoch dazu, die „objektive“ Position dieser Menschen (die meisten von ihnen Angestellte) zu bezeichnen, die je nach Grad der Qualifikation und Autorität oder Autonomie, die sie im Produktionsprozess genießen, andere Möglichkeiten und Interessen haben als die Arbeiterklasse, sowie über mehr Ressourcen in Bezug auf kulturelles und soziales Kapital verfügen, das größtenteils von den Familien weitergegeben wird (siehe z. B. Wright, Erik Olin: *Class counts*, Cambridge, Cambridge University Press, 2000, oder Bourdieu, Pierre: *The Forms of Capital*, in: Biggart, Nicole W. (Hg.), *Readings in Economic Sociology*, New Jersey, Wiley-Blackwell, 2008. Dies ist vereinbar mit der Annahme, dass ein Teil des Mittelstandes einen Verarmungsprozess durchlaufen hat, wie es in Spanien der Fall ist. Aber selbst in diesem Fall unterscheidet sich ihre Situation „objektiv“ von der der Arbeiterklasse. Vor allem aufgrund der umfangreicheren verfügbaren Ressourcen (wie Familienvermögen oder akademische Titel), die sie besitzen. Mit anderen Worten: Es gibt ein „Prekariat“ des Bürgertums und ein anderes der Arbeiterklasse, und obwohl eines der politischen Ziele darin bestehen muss, einen breiten sozialen Block aus beiden zu bilden, kann es kontraproduktiv sein, ihre Unterschiede zu ignorieren.

38 Rodríguez, Emmanuel: La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos, Madrid, *Traficantes de Sueños*, 2017. Moreno Pestaña, José Luis: Democracia, movimientos sociales y participación popular: Lógicas democráticas y lógicas de distinción en las asambleas del 15M, in: Escalera, Javier / Coca, Agustín (Hg.), *Movimientos sociales, participación y ciudadanía en Andalucía*, 2013, 263–301.

Veränderung des Selbstverständnisses und bei der Bildung eines kritischen Bewusstseins, doch haben sie sich als unfähig erwiesen, ihren eigenen Wissenshorizont zu überwinden. Die Forderungen gehen nicht auf in stabilen Strukturen, die dem Engagement der Menschen Kontinuität verleihen und ihre Wirksamkeit erhöhen könnten.

Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Doppelregel ist die Anti-Räumungs-Bewegung PAH. Die PAH und andere Organisationen haben es geschafft, ein Netzwerk stabiler Versammlungen und eine starke Interventionsfähigkeit auf verschiedenen Ebenen herauszubilden: von der punktuellen Mobilisierung gegen konkrete Räumungen bis zu Verhandlungen mit Behörden und der Vermittlung im Kontakt mit Banken bis zur Schaffung von Selbsthilfemechanismen (Rechtsberatung und Besetzungen, um die von Zwangsräumungen Betroffenen unterzubringen). Dies hat ihr erlaubt, die Menschen, die am härtesten von der Krise betroffen waren, Arbeiterklasse und Migrant*innen (insbesondere aus Lateinamerika), in den Vordergrund zu rücken und ihnen eine gewisse Kraft zu geben. Eine der möglichen Erklärungen dieser außergewöhnlichen Bewegung gegen Zwangsräumungen ist der Stellenwert gegenseitiger Unterstützung in diesem Projekt im Vergleich zu anderen, die sich auf Empörung stützten, obwohl auch andere ähnliche Initiativen, zum Beispiel rund um die Lebensmittelbanken, nicht so erfolgreich waren.

Die Erfahrung der PAH wurde als Beispiel für eine „soziale Gewerkschaftsbewegung“ interpretiert und es wurde versucht, diese Dynamik auf anderen Gebieten zu reproduzieren, bis jetzt ohne vergleichbaren Erfolg. Zusammen mit den strukturellen Faktoren der Organisationschwäche der sozialen Bewegungen, auf die oben hingewiesen wurde – eine schwache Zivilgesellschaft und ein undurchlässiges politisches System als Erbes des Franco-Regimes – müssen weitere konjunkturelle Ursachen hervorgehoben werden. Das Erscheinen von *Podemos* und die kommunalen Plattformen innerhalb der Institutionen haben den sozialen Bewegungen Rahmen entzogen und einen mit dem Aufstieg der PSOE in den achtziger Jahren vergleichbaren Prozess wiederholt. In diesem Sinne ist es kein Zufall, dass die Reaktivierung des Mobilisierungszyklus im Jahr 2018 mit einer gewissen Enttäuschung angesichts der institutionellen Möglichkeiten – insbesondere wegen der Entwicklung von *Podemos* – zur Durchsetzung von Veränderungen einherging. Diese Reaktivierung ist entscheidend, um die politische Blockade zu überwinden und die Menschen wieder zu aktivieren, die von der „neuen Politik“ enttäuscht sind. Angesichts der aufgezeigten Begrenzungen birgt die Übertragung aller politischen Strategien auf die „Bewegungsdynamik“ allerdings ein relativ großes Risiko.

¡Discriminan para
explotar más!

EXERCICIO
HUMANAS

Área de Prioridad Residencial
BARRIO DE LAS LETRAS

ATENCIÓN

DIE ARBEITSWELT

ILLEGAL
AM

Ein weiteres Merkmal der gegenwärtigen politischen Landschaft ist die schwer greifbare Rolle der Arbeiterbewegung. Das Echo von 15M machte vor den Toren der Arbeitsplätze halt. Die Gewerkschaften zögerten, sich der Mobilisierungswelle anzuschließen, und der politische Diskurs vermied die Bezugnahme auf den Klassencharakter der Bewegung. Im Laufe der Zeit gab es eine kritische Reflexion über diese Leerstelle, die manchmal – vor allem bei *Podemos* – als Waffe in Fraktionskämpfen eingesetzt wurde, doch führte diese Reflexion bis jetzt nicht zu einer tiefgreifenden Debatte und zu inhaltlichen Vorschlägen.

Um das Fehlen von Arbeitsthemen in der konkreten Arbeit der politischen Linken zu verstehen, muss die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Betracht gezogen werden. Spanien zeichnet sich durch ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit und Prekarität aus, die sowohl in Zeiten des Wohlstands als auch während der Krise das Doppelte des europäischen Durchschnitts beträgt.³⁹ Im Gegenzug genießen die Gewerkschaften institutionelle Anerkennung (die bestehenden Manteltarifverträge decken 80 Prozent der Arbeitnehmer*innen), aber es fehlt eine feste Basis (nur rund 15 Prozent der Arbeiter*innen sind gewerkschaftlich organisiert). Deshalb wird häufig die Umsetzung der Tarifverträge verhindert. Diese Schwäche ist besonders im Kleingewerbe und im Dienstleistungssektor, die die Grundlage der spanischen Wirtschaft bilden, stark ausgeprägt. Wie bereits erwähnt nahmen die Gewerkschaften, ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und insbesondere nach der Niederlage in ihrem Kampf für eine Beteiligung an den sozialistischen Regierungen, eine Haltung ein, die nach sozialem Frieden strebte. Zum Teil passten sie ihre Forderungen an ihre Möglichkeiten an, Druck auszuüben, sodass sie vielfach als Teil des Systems angesehen wurden. Beispielsweise wurden sie als sehr zurückhaltend oder gar permissiv gegenüber der Immobilienblase Anfang des 21. Jahrhunderts gesehen.

Diese Situation forderte sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten in Bezug auf das soziale Prestige ihren Tribut. Ein Meilenstein in diesem Sinne war der Pakt zur Rentenreform vom Februar 2011, der diese Akteure weitgehend als Katalysatoren für das Unbehagen abtat, das wenige Monate später mit dem Ausbruch von 15M seinen Ausdruck fand. In der Folge unterstützten die Gewerkschaften – mal entschlossen, mal eher zurückhaltend – viele der sozialen Bewegungen, obwohl sie in Konflikten wie den „Mareas“ nicht die Führung innehatten und anderen Konflikten – wie dem Kampf gegen Zwangsräumungen – den Rücken zuekehrten, obwohl ihre Gewerkschaftstradition inspirierende Präzedenzfälle geboten hätte.⁴⁰

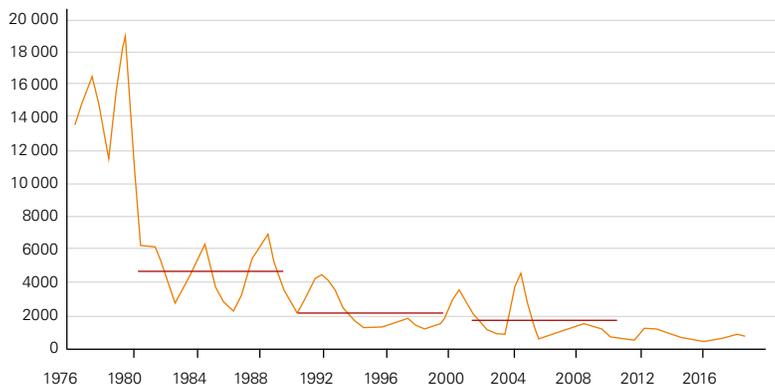
Was die Arbeitskonflikte anbelangt, erlitten sie nach dem Ausbruch der Krise einen leichten Rückschlag mit Höhen und Tiefen, doch nahmen die Streiks im Laufe des Jahres 2018 schlagartig zu (die Streikintensität der ersten drei Monate entspricht derjenigen des gesamten Vorjahrs). Es ist wahr, dass es eine Reihe Arbeitskämpfe in sehr prekären Sektoren gab, die

39 Sola, Jorge / Campillo, Inés: La precarización en su contexto: desarrollo y crisis del régimen de empleo en España, in: Papeles de relaciones ecosociales y cambio global 140, 2018, 51–63.

40 Zum Beispiel CCOO war während des Faschismus eine „soziopolitische Bewegung“, und wenn wir weiter zurückgehen, die Mieterstreiks der CNT während der 2. Republik.

für die neue Wirtschaft kennzeichnend sind, gab, darunter das Reinigungspersonal von Hotels (hauptsächlich Migrant*innen), die Zusteller von Amazon oder Deliveroo, aber auch andere traditionellere Sektoren wie der Schiffbau oder die Arbeiter*innen von Coca-Cola streikten. Dies bedeutet allerdings nicht, dass eine Welle der Politisierung die Arbeiter*innen ergriffen hat. Das derzeitige Streikniveau verblasst im Vergleich zu den 1980er Jahren.

ARBEITSKÄMPFE (ARBEITSAUSFALL IN STUNDEN) IN SPANIEN (1976–2017)



Quelle und Bemerkungen: Arbeitsministerium. Die vertikale Achse erfasst den Arbeitsausfall in Stunden (in Tausenden). Die fettgedruckten horizontalen Linien zeigen den Durchschnitt jedes Jahrzehnts. Von 1982 bis 1985 wurden die Daten von Katalonien und von 1986 bis 1989 die des Baskenlandes nicht erhoben. Die Generalstreiks der Jahre 1988, 1992, 1994, 2001, 2010 und 2012 werden nicht berücksichtigt. Die Daten für 2018 entsprechen nur dem ersten Quartal und dürften damit deutlich über dem Vorjahr liegen.

~ 35 ~

Ein wichtiger Nebeneffekt dieses Mangels an Protagonisten waren die größeren Klassenverzerrungen dieser politischen Phase. Eine der wichtigsten Auswirkungen der Krise von 2008 in Spanien war der Anstieg der sozialen Ungleichheit. Die in den Anfangsjahren allgegenwärtige Behauptung, „das Bürgertum habe für die Krise bezahlt“, stand mit der objektiven Realität, dass die größten Einkommensverluste die ärmsten Bevölkerungsschichten (die drei ärmsten Zehntel der Bevölkerung) ertragen mussten, in Kontrast. Die Ärmsten litten am meisten unter den Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Kräfte des Wandels versuchten, diese politische Erzählung zu nutzen, indem sie zum Beispiel das „Exil“ vieler junger, sehr gut ausgebildeter Menschen ins Ausland anprangerten. Obwohl es sich um ein relevantes Phänomen handelt, betrifft es nur eine Minderheit (nur ein Drittel der jungen Spanier*innen studiert an der Universität, und von diesen erreicht nur jeder Achte einen Postgraduiertenstudiengang), die auch nur einen Teil der Abwanderung ins Ausland darstellt. Auf diese Weise wurden die Probleme und das Bild der Gesellschaftsklassen in den Diskursen der Linken durch die Hegemonie des Mittelstandes, auf die oben verwiesen wurde, in den Schatten gestellt.

Die Methoden, mit denen politische Kader rekrutiert werden, haben auch dazu beigetragen: Der Weg vieler Arbeiter*innen zum politischen Aktivismus oder zur institutionellen Repräsentation verlief früher über gewerkschaftliche Militanz. Doch bildeten die von der studentischen Militanz geschaffenen Netzwerke die Basis für die Kader der Kräfte des Wandels.

Ein zusätzliches Problem liegt darin, dass die Gewerkschaftsbewegung kein 15M hatte. Die beiden großen Gewerkschaften erneuerten ihre Führung (im Fall von CCOO mit der Wahl eines Generalsekretärs, der nicht mehr der Generation des Übergangs angehört), doch sind ihre Strukturen weiterhin in Mustern einer längst vergangenen Zeit verfahren.

Unter diesen Umständen bleibt es notwendig, Formen der Gewerkschaftsintervention in postfordistischen Arbeitsumfeldern zu bilden. Das ist eine noch bevorstehende Aufgabe. Um damit erfolgreich umgehen zu können, müsste die Linke diesem Thema mehr Bedeutung beimessen.



DIE KOMMUNALPOLITIK UND STÄDTE DES WANDELS

Die Kommunalpolitik war par excellence der Raum für Zusammenschlüsse. An diesen Wahlplattformen nahmen sowohl die beiden „Seelen“ der neuen Linken, die „populistische“ und die „Bewegung“, als auch die erneuerte *Izquierda Unida* sowie andere Aktivist*innen und viele Bürger*innen ohne genaue Zuordnung teil. Bei den Kommunalwahlen 2015 gewannen diese Plattformen unter anderem die Regierungen von Madrid, Barcelona und Zaragoza. Unabhängig davon, wie der Entstehungsprozess und die institutionellen Erfahrungen dieser Plattformen interpretiert werden, ist es unbestreitbar, dass es sich um den größten Erfolg der Kräfte handelt, die aus 15M hervorgingen. Vor allem sind die „Städte des Wandels“ eine sehr wichtige politische und pädagogische Erfahrung. Sie haben bewiesen, dass linke Regierungen außerhalb des Zweiparteiensystems in der Lage sind, effektiv und verantwortungsvoll die wichtigsten Städte in Spanien zu regieren, sogar in Zeiten der Rezession.

Der Prozess der Bildung der lokalen Plattformen war komplex, vielfältig und konfliktreich.⁴¹ Anfänglich von Gruppen von Aktivist*innen aus verschiedenen Organisationen gefördert, wurde die Entwicklung dieser Plattformen durch die Entscheidung von *Podemos* begünstigt, nicht an den Kommunalwahlen von 2015 teilzunehmen. Der neuen Partei fehlte die organisatorische Infrastruktur, die notwendig war, um Tausende zuverlässige Kandidat*innen in ganz Spanien zu stellen, und es bestand eine reale Möglichkeit, dass sie von Karrieristen als Sprungbrett genutzt würde. Dies führte zur Bildung von Kandidaturen mit flexibleren und inklusiveren Formen von Zusammenschlüssen, was bei der Bevölkerung gut ankam, da viele Bürger*innen sich von den etablierten Parteien abgewandt hatten.

~ 38 ~

Die Organisationsmodelle dieser Plattformen waren innovativ, konnten aber auch bestimmte Probleme nicht hinter sich lassen. Der Vergleich zwischen den Fällen Madrid und Barcelona kann aufschlussreich sein. In Barcelona kam die Initiative von einer Gruppe unter der Leitung der ehemaligen Sprecherin der PAH Ada Colau; hier verhandelten verschiedene Strömungen der Linken in Barcelona für die Bildung der Wahlplattform, einschließlich die ‚alte‘ ICV-EUIA⁴² und die neue *Podem*. Ergebnis dieser Verhandlungen war eine Kandidatur, die bei den Wahlen von 2015 ganze 25 Prozent erreichte und in der Minderheit, aber mit bemerkenswerter innerer Kohäsion regierte. In Madrid kam die Initiative von Aktivistengruppen der Plattform *Ganemos* (lasst uns gewinnen), die nach zähen Verhandlungen eine Vereinbarung mit *Podemos* unter der Überschrift *Ahora Madrid* erreichen konnte. Um die Plattform zu bilden, wurden offene und proportionale Vorwahlen mit drei Kandidaturen durchgeführt, die „offizielle“, angeführt von der erfahrenen Richterin Manuela Carmena, der „Kandidatur der Mobilisierung“ und die von *Izquierda Unida*. Bei den Wahlen erreichte *Ahora Madrid* 32 Prozent der Stimmen, sodass Manuela Carmena mit der Unterstützung der PSOE Bürgermeisterin werden konnte. Dabei war der Mangel an Zusammenhalt im Team der Stadtregierung eine Quelle wiederkehrender Reibereien, die durch den personalistischen Führungsstil von Manuela Carmena noch geschürt wurden.

41 In Städten wie Murcia oder Valladolid traten zwei verschiedene und konkurrierende Wahlplattformen bei den Kommunalwahlen an.

42 ICV-EUIA ist die Schwesterpartei von *Izquierda Unida* in Katalonien.

Vergleicht man die Fälle von Madrid und Barcelona, wird deutlich, dass es eine Spannung zwischen den Prozessen der Kandidaturenbildung und der Kohäsion der daraus resultierenden Teams ergeben kann,⁴³ insbesondere, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen. Die Erfahrung anderer Städte zeigt, dass auch andere Faktoren eine Rolle spielen. Einer von ihnen ist fast allen Plattformen gemein: Diese Plattformen wurden nicht durch eine Bewegung von Militanten der Kommunalpolitik angeführt. Mit anderen Worten, es gab keine starke Nachbarschaftsbewegung mit Wurzeln in den Stadtteilen, die die Kandidat*innen hätten nominieren können. Vielmehr wurden sie von militanten Gruppen aus den Mikrokosmen der lokalen Aktivist*innen angeführt (konzentriert in den Stadtzentren). Es ist allerdings auch wahr, dass diese Plattformen Menschen außerhalb dieses Umfeldes anzogen (wie Manuela Carmena in Madrid), und dass viele Menschen für den Wahlkampf mobilisiert werden konnten. Aber auch hier ist es angebracht, Mobilisierung nicht mit einer stabilen Bewegung zu verwechseln.

Die Erfahrungen der Städte des Wandels waren bisher positiv. Zunächst führten sie einen ehrlichen und volksnahen Regierungsstil ein, der sich von der Korruption und spekulativen Verschwendung früherer Regierungen abhebt. Im Bereich der städtischen Mobilität und der Energiewende wurden Fußgängerzonen und Beschränkungen genutzt, um den Autoverkehr zu reduzieren und durch öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder zu ersetzen, sowie der Nutzung grüner Energie Vorrang zu geben. Ebenso haben die Sozialwirtschaft und das Genossenschaftswesen starken Auftrieb erhalten, was den großen Unternehmen nicht gefallen hat, die bisher die öffentlichen Investitionen monopolisiert hatten. Trotz der von der Zentralregierung auferlegten Ausgabenobergrenze stiegen die Sozialausgaben spürbar an, was sich in der Entwicklung der öffentlichen Versorgungsdienste und der städtischen Einrichtungen widerspiegelt (von der Pflege bis hin zu Kindergärten). Einige von den früheren lokalen Regierungen privatisierte Dienstleistungen wurden ebenfalls wieder öffentlich und es wurden neue öffentliche Unternehmen gegründet (wie Barcelona Energia). Schließlich wurden konsequent Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter durchgeführt. All diese Erfolge wurden international anerkannt.⁴⁴ Dabei handelten die Stadträte des Wandels nicht wie „kommunalpolitische Sowjets“, vor denen die konservative Presse warnten, was wiederum einige Aktivist*innen enttäuschte, die vielleicht von solchen „Sowjets“ träumten.

Diese Erfolge sollten nicht über einige Einschränkungen oder Hindernisse hinwegtäuschen, auf die die Städte des Wandels stießen und die zu einigen internen Konflikten führten. Zur Umgehung dieser Schwierigkeiten ist eine Analyse derselben von entscheidender Bedeutung. Erstens wurden diese Regierungen häufig, im Zuge eines internationalen Trends, als die große Hoffnung einer fortschrittlichen Repolitisierung gegen die Verdrossenheit der Menschen gegenüber den staatlichen politischen Institutionen angesehen. Allerdings erlebten die Städte des

~ 39 ~

43 In Abhängigkeit davon, ob die Kandidatur aus einer Verhandlung oder aus Vorwahlen hervorgegangen sind. Im letzteren Fall hängt es auch davon ab, wie proportional die genutzten Methoden waren.

44 Im Fall von Madrid zum Beispiel mit zwei UN-Preisen (an die Beteiligungsplattform #DecideMadrid und dem Fond für territorialen Ausgleich zur Verteilung von Ressourcen), sowie mit der Finanzierung eines wichtigen sozialwirtschaftlichen Projekts (MARES).

Wandels genau die Zwangsjacke dieser Institutionen am eigenen Leib, verschärft durch die von der spanischen Zentralregierung verhängte „Ausgaben-Regel“, die eingeführt wurde, um den Forderungen der Europäischen Union Folge zu leisten, das Fehlen von Problemlösungskompetenzen dieser Städte, da dies in die Zuständigkeit des Staates fällt. Ein wichtiges Beispiel ist das Wohnungsproblem. Die Wiederbelebung der Immobilienspekulation, jetzt sehr konzentriert auf Mieten und Ferienwohnungen (über Airbnb), hatte in vielen spanischen Städten sehr große Auswirkungen und ist eine Folge der internationalen Finanzströme, die man unmöglich auf lokaler Ebene kontrollieren kann. Die Versuche, die Auswirkungen des Massentourismus in den Städten zu bremsen, laufen entgegen der spanischen Produktionsstruktur. Der Tourismus repräsentiert 16 Prozent des spanischen BIPs und die Konjunktur des Sektors dämpfte die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise stark ab. Die von den Kommunen unternommenen Anstrengungen reichen, obwohl sie wichtig sind, in diesem Zusammenhang möglicherweise nicht aus.

Zweitens gibt es Einschränkungen, die auf die institutionelle Dynamik der Stadträte selbst zurückzuführen sind, da sie wie „Staatsapparate“ agieren, um den marxistischen Jargon zu bemühen. Die neuen Bürgermeister und Stadträte, die mit den Institutionen normalerweise nicht vertraut waren, sahen sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, komplexe bürokratische Maschinerien mit ihren eigenen vertrauten Mechanismen und häufig mit Personal zu verwalten, das nicht immer mit den Veränderungen einverstanden war, was zu großen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Wahlprogramms führte. Ein Beispiel dafür ist die Schwierigkeit, die Privatisierungsprozesse und städtischen Eingriffe, die von früheren konservativen Regierungen initiiert wurden, rückgängig zu machen. Ein anderer Aspekt war die ständige gerichtliche Verfolgung der ehrgeizigsten Maßnahmen. Aber auch bei weniger konfliktträchtigen Initiativen wie den partizipativen Haushalten reduzierte die administrative Trägheit der Städte ihr transformatives Potenzial.

Drittens brachte das Fehlen einer starken organisatorischen Verankerung in den Stadtvierteln, die mit dem fortschreitenden Niedergang der Nachbarschaftsbewegung seit ihrer Hochzeit in den siebziger Jahren zusammenhängt, eine weitere Einschränkung der fortschrittlichen Kommunalpolitik mit sich und verstärkte in einigen Fällen die Rivalitäten zwischen den Gruppen in den Plattformen. Dieses Fehlen einer sozialen Masse, die sich aktiv am Aufbau einer kommunalen politischen Alternative beteiligte, hatte zwei Konsequenzen für die Städte des Wandels: Sie hatten keine Organisationsstrukturen, um die Umsetzung ehrgeiziger und riskanter transformativer Strategien zu begleiten und zu verteidigen, und die Stadträte waren ihnen keine Rechenschaft schuldig. Sie mussten bei allen Entscheidungen auf die Presse achten, die von Anfang an den Neuankömmlingen sehr feindselig gegenüberstand. Aber sie mussten auch die Wirkung einiger Maßnahmen, wie zum Beispiel die Verkehrsbeschränkungen in der Stadtmitte oder gegen den massiven Tourismus, auf die Wähler*innen berücksichtigen, da diese Maßnahmen möglicherweise negativ von den Bürger*innen wahrgenommen werden konnten. Auch das wurde von einigen Sektoren der Aktivist*innen harsch kritisiert.



DIE KRISE IN KATALONIEN

Eine der Zweige der politischen Krise war der sogenannte katalanische „Procés“ (das Unabhängigkeitsbestreben Kataloniens). Der territoriale Konflikt in Spanien, der mit einem unvollständigen Aufbau der Nation zusammenhängt, existiert schon seit Langem: Die Versuche der Zweiten Republik, ihn zu lösen, endeten mit dem Bürgerkrieg, und die Franco-Diktatur zentralisierte das politische System und unterdrückte kulturelle Ausdrucksformen, die nicht zu einem autoritären spanischen Nationalismus passten (darunter die Verwendung der baskischen, katalanischen oder galicischen Sprachen). Die Aneignung der Idee von „Spanien“ durch die Rechten führte dazu, dass die Linke vielen nationalistischen Symbole den Rücken kehrte, während sie gleichzeitig Sympathien für die baskischen oder katalanischen Nationalismen hegte.

Mit dem Übergang zur Demokratie 1978 wurde das politische System dezentralisiert und zu einem Pseudobundesstaat umgewandelt, der den „Autonomen Regionen“ viele Befugnisse wie Bildung oder Gesundheit übertrug, wobei die Souveränität des Staates zentralisiert beibehalten und das Recht auf Selbstbestimmung der Völker abgelehnt wurde. Das politische Spiel bestand aus einem Hin und Her zwischen der Zentralregierung und den baskischen und katalanischen nationalistischen Parteien (die meistens ihre autonomen Regierungen innehatten und deren Unterstützung oft von der Zentralregierung gebraucht wurde). Dieser Aspekt, zusammen mit dem Hintergrund der politischen Gewalt seitens der ETA (sie löste sich im Mai 2018 auf) und den autoritären Reaktionen des Staates, trugen dazu bei, dass in den letzten Jahrzehnten der territoriale Konflikt die sozialen oder Klassenkonflikte verdrängte.

~ 42 ~

In den letzten zehn Jahren haben sich die Spannungen von Euskadi (Baskenland) nach Katalonien verschoben. Hier wurde die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Krise durch der Unabhängigkeitsanspruch gegen den spanischen Staat kanalisiert, sodass sie ein Referendum mit dem Namen das „Recht zu entscheiden“ durchführten. Die Unterstützung für die Unabhängigkeit von Katalonien stieg von 15 Prozent im Jahr 2006 auf heute rund 45 Prozent an.⁴⁵ In gewisser Weise kann der Aufschwung des Separatismus als Ausdruck der Krise des Regimes von 1978 in Katalonien interpretiert werden. In Katalonien drehte sich das „populistische Moment“ um einen klassenübergreifenden Diskurs (das katalanische „Volk“) gegen einen Gegner (der Staat oder Spanien), dem viele der durch die Krise verursachten oder aufgedeckten Übel zugeschrieben werden. Die Unabhängigkeitsbewegung ist komplex und ambivalent in ihrer ideologischen Zusammensetzung. Hier gruppieren sich fortschrittliche und antikapitalistische Kräfte wie die CUP, die, wie in Schottland, die Unabhängigkeit in Hinblick auf eine größere soziale Gerechtigkeit rechtfertigen, sowie konservative oder neoliberale Kräfte, die einen ähnlichen Diskurs wie die Liga Nord in Italien fahren („Espanya ens roba“ – „Spanien beraubt uns“), aber mit ethnischen Verzerrungen.

45 Daten des Centre d'Estudis d'Opinió (CEO) in Katalonien.

In seiner ersten Phase strukturierte sich der *procés* um die Forderung nach einer demokratischen Volksbefragung, die die Option der Unabhängigkeit beinhaltete. Diese Forderung nach „Souveränität“, nach Entscheidungsbefugnis, wurde von rund 80 Prozent der Katalan*innen⁴⁶ und von einigen nicht-nationalistischen Parteien wie der ICV-EUiA, *Podem* und *Barcelona en Comú* unterstützt, die letztendlich gemeinsam die neue Partei *Catalunya en Comú* gründeten. Seit 2010 gibt es dort eine riesige Mobilisierung der Menschen zur Verteidigung des „Rechts zu entscheiden“, die von einigen nicht-parteilichen Sektoren vorangetrieben wurde wie der „Assemblea Nacional Catalana“ (Katalanische Nationalversammlung) und der Kulturorganisation „Òmnium Cultural“. Die Entwicklung des *procés* ermöglichte die Erneuerung der Mitte-Rechtsparteien in Katalonien und die durch Kürzungen und Korruption eingetretene Erosion zu bremsen, aber gleichzeitig mussten sie sich einer Unabhängigkeitswelle unterordnen, die sie nicht ganz unter Kontrolle hatten, und die später verlangte, ihr Versprechen einzuhalten und den *procés* bis zum Ende durchzuhalten.

Die Passivität und Hinderlichkeit der spanischen Regierung gegenüber der Forderung nach einer Volksbefragung führte zu einer „unilateralen“ Aktion der Unabhängigkeitskräfte. Der kritische Punkt kam mit dem Aufruf zur Teilnahme an der Volksabstimmung am 1. Oktober 2017. Die Volksbefragung war nicht mit der spanischen Regierung abgestimmt und war, vom juristischen Standpunkt gesehen, illegal. Aber das Wichtigste war, dass sie keine politische Legitimierung als Ausdruck der Volkssouveränität hatte, da der größte Teil der nicht-nationalistischen Bevölkerung nicht daran teilnahm. Das „Ja“ zur Unabhängigkeit erhielt 90 Prozent der Stimmen und die Beteiligung lag bei 42 Prozent der Abstimmungsberechtigten.⁴⁷

Die Frage nach der Legitimität des Referendums wurde jedoch durch das brutale Eingreifen der Regierung überdeckt, die zehntausend Polizisten nach Katalonien schickte, um die Volksbefragung gewaltsam zu verhindern. Die internationale Ablehnung der Repression durch die Regierung brachte die Unabhängigkeitsbewegung dazu, die Unabhängigkeit der neuen katalanischen Republik zu erklären. Die Erklärung war im Prinzip nur eine Großtuerie, da sie keinerlei praktische Wirkung hatte. Der katalonische Präsident Carles Puigdemont selbst traf diese Entscheidung widerwillig und schlug unmittelbar danach die Aussetzung der Erklärung vor, um einen Dialog mit der spanischen Regierung in Gang zu setzen. Die politische Botschaft der Unabhängigkeitsbewegung war äußerst verwirrend, aber sie gab der spanischen Regierung einen Vorwand, die Autonomie Kataloniens durch die Anwendung von Artikel 155 der spanischen Verfassung auszusetzen und verhaftete mehrere Anführer der Unabhängigkeit, die wegen Volksverhetzung, Rebellion und Veruntreuung angeklagt wurden.

~ 43 ~

46 Daten von Metroscopia für die Tageszeitung *El País* (24. September 2017). Das CEO lieferte etwas niedrigere Zahlen: 71 %, von denen 23 % verlangten, dass die Volksbefragung mit dem Staat vereinbart werden sollte.

47 Bei den Wahlen 2015, die als eine Art Plebiszit dienen sollten, und an der der größte Teil der nationalistischen Parteien (mit Ausnahme der CUP) gemeinsam unter der Kandidatur „*Junts pel Sí*“ teilnahmen, erhielten die Unabhängigkeitskräfte 47,8 % der Stimmen.

Die Beziehung der spanischen Linken mit dem katalanischen Konflikt war nicht leicht. Von Katalonien aus wurden viele Stimmen laut, die besagten, die Unabhängigkeit sei der Schlüssel für die Auflösung des 78er-Regimes gewesen und der erste Schritt sei es, einen konstituierenden Prozess in ganz Spanien zu beginnen. Allerdings scheint dies genau das Gegenteil bewirkt zu haben: die Eskalation der Spannungen zwischen der katalanischen und der spanischen Regierung, angeführt von den Protagonisten des Regimes von 1978 in beiden Territorien, hatte eine Wechselwirkung und stärkte beide Nationalismen. Darüber hinaus führte die katalanische Unabhängigkeitserklärung zu einer enormen Mobilisierung der spanischen Nationalist*innen, die von der PP und *Ciudadanos* gefördert wurde, und die juristische und polizeiliche Repression in Katalonien unterstützte. Die spanische Rechte fand in der katalanischen Rebellion einen Gegenspieler, um ihre Verteidigung des Status quo zu rechtfertigen, und der territoriale Konflikt verdrängte die soziale Frage aus der Mitte des politischen Handelns (sowohl in Katalonien als auch im restlichen Spanien).

Die Eskalation dieses Konflikts kann nicht verbergen, dass das Problem nicht nur die Konfrontation zwischen Spanien und Katalonien (bzw. ihren Regierungen) ist, sondern auch eine Spaltung innerhalb Kataloniens zwischen der nationalen und nicht-nationalen Bevölkerung bedeutet. Diese Spaltung hat auch eine Klassenkomponente. Die Unabhängigkeitsbewegung ist keineswegs ein reines Projekt der katalanischen Eliten, sie hat vielmehr in weiten Teilen der katalanischen Gesellschaft Wurzeln geschlagen. Aber fest steht, dass sie mehr Unterstützung in den Sektoren der Mittelschicht mit höheren Einkommen und weniger unter den wirtschaftlich schwächeren Sektoren der Arbeiterklasse hat, die zu einem großen Teil Einwandererkinder aus den übrigen Regionen Spaniens sind.⁴⁸ Der Erfolg des Unabhängigkeitsprojekts beruhte auf einer gewissen Unsichtbarkeit dieser städtischen Arbeiterklassen, die der Unabhängigkeit weitgehend abgeneigt oder gleichgültig gegenüberstanden. Die wichtigste Erkenntnis aus den katalanischen Wahlen, die am 21. Dezember 2017 einberufen wurden, war daher der beeindruckende Aufstieg von *Ciudadanos*, die mit mehr als einer Million Stimmen, von denen viele aus den sozial schwächeren Sektoren stammten, die in der Vergangenheit eine Bastion der katalanischen Linken in den städtischen Peripherien gewesen war, die meistgewählte Partei in Katalonien wurde.

Dieses Szenario führte zu einer Reihe an Problemen für die Linke. In Katalonien wurde *Catalunya en Comú* in eine schwierige Zwischenposition in einem zunehmend polarisierten Umfeld gedrängt. Einerseits verteidigte sie die Durchführung einer Volksbefragung, unterstützte aber auf der anderen Seite nicht die Unabhängigkeit. Diese Position führte zu internen Spannungen und Kritiken seitens der übrigen Akteure. Obwohl die Mehrheit die Durchführung eines bereits vereinbarten Referendums wollte, war sie nicht in der Lage eine klare Alternative zu vermitteln, die die durch den Konflikt Mobilisierten anziehen oder überzeugen konnte, ebensowenig war sie in der Lage, die politische Debatte in Richtung soziale Fragen zu verlagern, die der

48 Llaneras, Kiko: El apoyo a la independencia tiene raíces económicas y de origen social, in: El País, 28. September 2017, https://elpais.com/politica/2017/09/28/ratio/1506601198_808440.html (15.11.2018).

procès in den Hintergrund gedrängt hatte. Im Übrigen traf die katalanische Krise *Podemos* hart (und vielleicht, aber in geringerem Maße, auch *IU*). Ihre Haltung wurde oft als Unterstützung für die Unabhängigkeitsbewegung dargestellt, obwohl die Unabhängigkeitsbewegung *Podemos* vorwarf, nicht energisch genug auf die Repressionen reagiert zu haben, die die Unabhängigkeitsbewegung erlitt.

Dies stand im Gegensatz zu den Bemühungen, die *Podemos* unternahm, um ein national-populäres Projekt zu entwickeln, das die Idee von „Spanien“ normalisieren sollte, um so die sentimentale Ablehnung zu überwinden, die ein Großteil der Linken gegen „Spanien“ hatte. Ein Ausdruck dieser Bemühungen war die Verteidigung eines bestimmten Patriotismus, – ein Begriff mit problematischen Konnotationen – der auf der Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen zum Schutz der Staatsbürgerschaft und auf dem Respekt vor der national-kulturellen Pluralität Spaniens beruht. Gewissermaßen wurde so akzeptiert, dass die politische Praxis von dem „banalen Nationalismus“⁴⁹ des täglichen Lebens ausgehen sollte, genauso wie jedes Veränderungsprojekt der nationalen Identität der Menschen, die es zu mobilisieren versucht, nicht den Rücken kehren kann (obwohl dies in Spanien, wo die Mehrheit eine hybride spanische *und* regionale Identität hat, nicht besonders bedeutend ist).

Die katalanische Krise war in diesem Sinne auch ein Schritt zurück, weil die Linke den Ereignissen hinterherlief und es ihr nicht gelang, ein „Projekt für das ganze Land“ anzubieten, das die nationalistische Polarisierung durchbrechen und ein alternatives „Spanien“ zu dem der konservativen hätte sichtbar machen können. Dieses Projekt müsste darin bestehen, die fortschrittlichen Aspekte des Landes zu fördern,⁵⁰ seiner sprachlich-kulturellen Pluralität mehr Bedeutung zu verleihen und andere für die territoriale Strukturierung entscheidende Fragen wie das Ungleichgewicht zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung in die Agenda aufzunehmen.

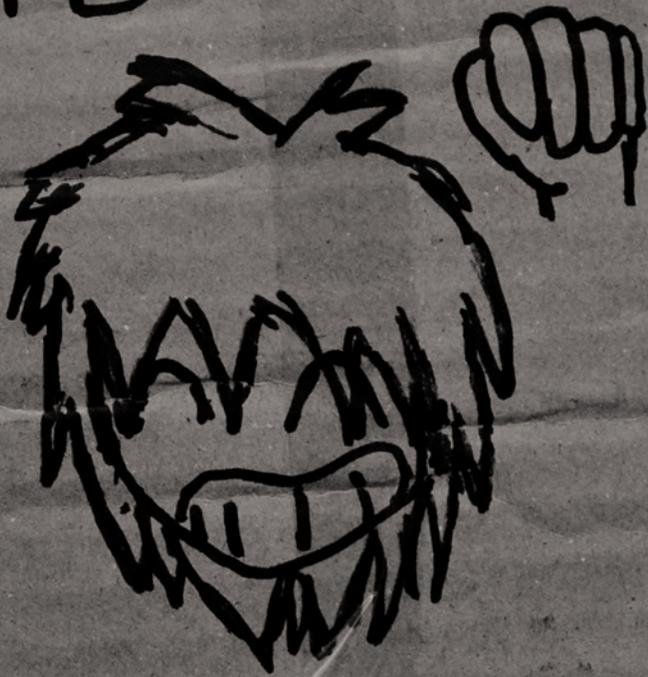
~ 45 ~

49 Billig, Michael: *Banal Nationalism*, London, Sage, 1995.

50 Gegenüber dem traditionellen Denken, das manchmal auch von der Linken reproduziert wird, ist die Haltung der Spanier in Bezug auf Frauen, Homosexualität oder Migrant*innen wesentlich egalitärer als der europäische Durchschnitt.

BILANZ UND AUSBLICK

TODOS
POR LA
LIBERTAD



Eines der immer wiederkehrenden Bilder in diesen Jahren war das „Fenster der Möglichkeiten“, das durch die wirtschaftspolitische Krise eröffnet wurde. Die weitverbreitete soziale Unterstützung, die 15M erhielt, und das plötzliche Erscheinen von *Podemos* erweiterte die Grenzen dessen, was als möglich angesehen wurde, und brachte uns auf die Idee, dass ein tiefgreifender politischer Wandel, der noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen war, jetzt gelingen könnte. Die Profile dieses Wandels waren nie klar und manchmal hat sich der Erfindungsreichtum der Slogans gegenüber der strategischen Debatte durchgesetzt: In Ermangelung eines antikapitalistischen Projekts war der Horizont eher ein post-neoliberales Szenario, das einen Fortschritt in der Demokratisierung von Wirtschaft und Politik ermöglichen, sowie einige der schwelenden Themen der spanischen Gesellschaft lösen sollte.

Die aufeinander folgenden Sackgassen dieser Phase – der Rückzug der sozialen Mobilisierung im Jahr 2013 und die Stagnation von *Podemos* nach 2016 – schürten die Befürchtung, dass das Fenster der Möglichkeiten entweder durch eine Aufschwung der Konservativen oder durch eine Neuauflage des traditionellen Zweiparteiensystems geschlossen werden könnte. Diese Situation hat zu einem hyperkritischen Ton innerhalb der spanischen Linken geführt, deren Debatten häufig auf interne Fehler und Konflikte gerichtet sind, während sie ihre eigenen Erfolge unterschätzt. In Spanien gab es kreative und energische Mobilisierungen der Gesellschaft sowie Wahlalternativen, denen es gelungen ist, das politische Erbe zu durchbrechen, was eine bescheidene, aber signifikante Veränderung der vorherrschenden Diskurse in Bezug auf Themen wie die Vermarktungsprozesse und den Abbau der Demokratie oder die Geschlechtergleichheit nach sich zog. Eine ausgewogenere Diagnose der gegenwärtigen Situation könnte daher ein „katastrophales Unentschieden“ sein: Die Eliten haben sich der Herausforderung der Veränderungskräfte weitgehend widersetzt, können sich aber nicht länger darauf beschränken, ihren Forderungen den Rücken zu kehren.

~ 47 ~

Dieses Unentschieden hat zu der neuen Gemengelage eines Vierparteiensystems geführt, das sich noch nicht endgültig stabilisiert hat und immer noch, in großen Zügen, der Rechts-links-Achse entspricht. Der Konflikt im Parteiensystem entfernt sich von dem dichotomischen „populistischen“ Szenario und dieser Konflikt wird auf zwei verschiedenen Ebenen ausgegtragen: Auf der einen Seite gibt es einen Wettbewerb zwischen den progressiven Kräften (PSOE und *Unidos Podemos*) und den liberal-konservativen Parteien (PP und *Ciudadanos*), um zu sehen, welches dieser beiden Blöcke Wählermehrheiten erreichen kann, und auf der anderen Seite gibt es einen inneren Kampf um die Vorherrschaft in jedem dieser Blöcke. Das „populistische Moment“ hat zu einem komplexen Vierfrontenkampf geführt, bei dem institutionelle Allianzen zur Bildung von Regierungen und zur Förderung einer progressiven Politik in die Haltung einer destruktiven Ablehnung verfallen sind.

Diese neue Gemengelage hat die Kräfte des Wandels gezwungen, ihren Diskurs zu verändern, und hat die alte Debatte der Linken über ihre politischen Vereinbarungen mit der PSOE neu belebt, obwohl sich die Position von *Podemos* und den Zusammenschlüssen von der

Haltung, die die IU traditionell verteidigt hatte unterscheidet, was neue Möglichkeiten bietet, die Gefahren der Unterwürfigkeit und Isolation zu vermeiden. Außerhalb der Institutionen zeigt die Mobilisierungsdynamik Zeichen des Wiederauflebens, obwohl sich immer noch keine Organisationsformen abzeichnen, die diesen Strom sozialer Energie institutionalisieren könnten. Das Fenster der Möglichkeiten ist enger geworden, aber die Situation der Linken ist hoffnungsvoller als vor zehn Jahren oder in den meisten europäischen Ländern.

In diesem Sinne darf die kritische Reflexion über verpasste Chancen nicht die Einschränkungen außer Acht lassen, die das Handeln der Linken beeinflusst haben, sowie die perversen Auswirkungen, die andere Alternativen mit sich gebracht hätten. Aber auch die Befürworter der eingesetzten Strategien sollten nicht über die beschränkte Wirkung einiger der getroffenen Entscheidungen sowie über die mittelfristig selbstzerstörerischen Auswirkungen hinwegtäuschen, die diese Entscheidungen hatten.

Etwas mehr Zurückhaltung könnte die kollektive Debatte um die grundlegenden Dilemmata begünstigen, die diese politische Phase gekennzeichnet haben und wahrscheinlich auch in absehbarer Zukunft kennzeichnen werden: die Probleme des Diskurses, der Organisation, des Subjekts und der Strategien des Wandels, die zu Beginn dieser Arbeit angedeutet wurden. Ausländische Aktivist*innen, die aus der spanischen Erfahrung lernen wollen, können diese Dilemmata und den Umgang mit ihnen zur Kenntnis nehmen, um die erzielten Erfolge zu nutzen, ohne die gleichen Fehler zu wiederholen.

~ 48 ~

DISKURS: DIE TRANSVERSALITÄT UND IHRE BESCHRÄNKUNGEN

Eines der Merkmale dieser politischen Phase in Spanien – insbesondere von 15M und *Podemos* – war die Annahme eines „transversalen“ Diskurses, der die Gemeinplätze der traditionelleren Linken transzendieren und sich einem gewissen, weniger „ideologischen“ Bewusstsein annähern sollte. Ziel war es, die diskursive Komfortzone, in der Parteien und Bewegungen feststeckten, zu verlassen, um die „Mitte des politischen Spielfeldes“ mit alternativen Ansätzen zu besetzen, und die ideologischen Referenzen zu unterdrücken, die weniger politisierte Menschen abstoßen, oder die zu einer Typisierung durch die Medien führen könnten. Diese Innovation – spontan im Fall von 15M und geplant im Fall von *Podemos* – war eines der Schlüsselemente ihrer Erfolge, zog auch zweierlei Kritik auf sich.

Die erste besteht darin, Transversalität als eine Form politischer Mäßigung und ideologischen Verzichts zu betrachten. Diese Kritik erschien bereits bei 15M, gewann aber mit *Podemos* an Bedeutung. In vielen Fällen beruht sie auf einem politisch unfruchtbaren „linken Identitarismus“, weist aber auch auf ein echtes Risiko hin. Das Problem liegt weniger in der Mäßigung, – denn das politische Handeln sollte nicht so sehr an der Radikalität der Reden gemessen werden, sondern an der Reichweite der Ergebnisse – sondern vielmehr die Überzeugung, dass die diskursive Transversalität ausreicht, um den Konflikt zu vermeiden, den der gesellschaftliche Wandel mit sich bringt und politische Alternativen als etwas grundsätzlich Einvernehmliches

darzustellen. Es scheint klar, dass wir transversale Werte ansprechen müssen, die breite soziale Unterstützung finden können, aber auch, dass es Konflikte (Verteilung und Werte) gibt, denen man nicht den Rücken kehren kann. Im Gegensatz zu dem, was der 99 Prozent-Slogan andeutet, ist die Struktur jeder modernen Gesellschaft viel komplexer: Die Interessen der unteren Schichten stehen nicht nur der Macht von dem 1 Prozent gegenüber, sondern können auch mit denen der Mittelklassen kollidieren (zum Beispiel bei Themen wie Steuerreform oder Bildungspolitik). Die Möglichkeit eines politischen Wandels beinhaltet für die verschiedenen Gruppen unterschiedliche Risiken, Chancen und Kosten. Der transversale Diskurs ist hilfreich, um diese Gruppen in einem hegemonialen Block zusammenzubringen, aber er kann die möglichen Unterschiede zwischen den Interessen der Klassen nicht umgehen.

Die zweite Kritik beruht auf der Unterordnung unter dem kommunikativen Marketing und dem Vergessen der materiellen Grundlagen der Politik. Der Grund dafür ist, dass die These des transversalen Diskurses von einem neuartigen und mutigen Einsatz der Medien, insbesondere des Fernsehens, begleitet wurde. Die Medienpopularität von Pablo Iglesias, Íñigo Errejón und Alberto Garzón sowie die kommunikative Fähigkeit, alternative Botschaften in einem Medium zu platzieren, das traditionell den transformativen Vorschlägen feindlich gesinnt ist, waren der Schlüssel zu dieser politischen Phase. Aber dies ist auch zweischneidig. Der anfängliche Erfolg von *Podemos* führte zu einer größeren Bedeutung des Potentials der politischen Kommunikation und der Medieneffekte, was sich gegen die geduldige anonyme Arbeit der politischen Organisationen richtete. Ironischerweise schwächte die Medienübergewichtung von *Podemos* ihr Ansehen in der Öffentlichkeit und die Glaubwürdigkeit ihrer Anführer und verstärkte die aufeinander folgenden internen Krisen von *Podemos*. Darüber hinaus läuft die Verwendung der „Publikumsdemokratie“ Gefahr, die Qualität der politischen Debatten weiter zu verschlechtern oder zu vereinfachen. Auf jeden Fall sollte die Erinnerung an die Grenzen der „kommunikativen Transversalität“ ihre Bedeutung und Erfolge nicht aus den Augen verlieren.

~ 49 ~

Um diese beiden Gruppen von Kritiken herum gab es Kontroversen, die auf einer Verwechslung der *diskursiven Formen* und den *politischen Inhalten* beruhten. Mit anderen Worten, die Transversalität – die Verwendung inklusiver diskursiver Rahmen mit einer größeren Macht zur Herausforderung, als die der „traditionellen“ Linken – scheint ein unbestreitbarer Erfolg dieser politischen Phase zu sein.⁵¹ Die oben erwähnten Probleme sind oft real, aber sie scheinen nicht notwendigerweise aus der Transversalität zu rühren. Diese diskursive Form kann unterschiedliche Inhalte annehmen und mit verschiedenen Organisationsformen kompatibel sein.

Eigentlich ist die Transversalität ein unverzichtbarer diskursiver Rahmen ... geht aber nicht darüber hinaus. Insbesondere bietet sie keine strategische oder inhaltliche Antwort auf die Probleme der Linken. Etwas Ähnliches geschieht mit der Debatte über den „gesunden Menschenverstand“. Niemand hat gesagt, dass die Linke dem „hegemonischen“ gesunden

51 In der Tat ist es auch keine radikale Neuheit: Die progressiven Kräfte, die im Laufe der Geschichte die Unterstützung der sozialen Mehrheit erhalten haben, haben normalerweise an „das Volk“, „die Vielen“ usw. appelliert und einige der aktuellen Erfolge der Linken, wie Sanders oder Corbyn, haben auch diesen diskursiven Rahmen übernommen.

Menschenverstand gehorchen muss (wenn es so etwas überhaupt gibt) und ihren transformatorischen Zielen entsagen soll. Ziel ist es vielmehr, das Programm der Linken als eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen im Sinne eines *Common sense* zu präsentieren, das heißt, unter Berufung auf bestimmte weitverbreitete Überzeugungen und Einstellungen zu appellieren, anstatt auf Identitätsdiskurse zu setzen, die in einer für viele unverständlichen Sprache entwickelt worden sind. Aber es muss noch sehr viel getan werden: Der Diskurs des *Common sense* kann der Ausgangspunkt sein, an dem die transformativen Ansätze und der gemeinsame Ausblick ansetzen können. Aber es steht noch die Frage offen, wie die Strecke zwischen den beiden Punkten durchlaufen werden kann und soll.

Die von *Common sense* unterstützte „transversale“ Idee führt auf diese Weise zu einer gewissen, von unvermeidlichen Spannungen umgebenen Hinwendung zum Möglichen: Welche Aspekte des Diskurses sollten verbessert werden, um mehr Unterstützung zu erhalten? Und welche Rahmenbedingungen müssen akzeptiert werden, um einen „Gewinner“-Diskurs zu führen? Wo steht diese Mäßigung im Widerspruch zu den inhaltlichen Vorschlägen, die die Linke verfolgt? Dies sind Fragen, die nur in der konkreten politischen Praxis beantwortet werden können, und die das Risiko in sich bergen, falsche Entscheidungen zu treffen.

Die wohl am meisten kritisierte Entscheidung war die Art und Weise, in der *Podemos* es zunächst vermied, den Feminismus (und insbesondere den Konflikt um die Abtreibung) in ihre politische Agenda aufzunehmen, da diese Frage als spaltend betrachtet wurde. Diese Position erwies sich im Nachhinein als falsch und wurde dank der Arbeit von Feministinnen innerhalb von *Podemos* bald revidiert. Aber solche Fehler machen die Entscheidung zur „Transversalität“ und zum *Common sense* nicht ungültig. Tatsächlich kann die jüngste feministische Welle in Spanien als das erfolgreiche Ergebnis einer „transversalen“ Strategie des Feminismus selbst erklärt werden, der es gelungen ist, ein breites „Wir“ um gemeinsame Forderungen herum aufzubauen, wie die Forderungen nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“, nach sexueller Freiheit, die Ablehnung sexistischer Gewalt und der Krise der Pflegeberufe.⁵²

Die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Konsens und Konfrontation – die nicht auf rein rhetorische Mäßigung oder Radikalität reduziert werden darf – hängt in hohem Maße von einem gewissen politischen Scharfsinn ab, muss aber zugleich eine Verankerung in den gesellschaftlichen Kräften haben und nicht nur den Ideen und Ziele ihrer Führungsriege entsprechen. Das heißt, wir brauchen organisatorische Werkzeuge, die diese beiden Elemente verbinden, um mögliche Spaltungen zu vermeiden. Und das bringt uns zum zweiten Problem.

52 Siehe beispielsweise Serra, Clara: *Leonas y zorras: estrategias políticas feministas*, Madrid, Los Libros de la Catarata, 2018.

ORGANISATION: DEMOKRATIE UND WIRKSAMKEIT

Die organisatorischen Neuheiten dieser politischen Phase waren die Antwort auf eine tiefe Unzufriedenheit mit den politischen Parteien; aber sie folgten auch auf die Erkenntnis der Begrenzungen von 15M. Ziel war es, neue demokratische und wirksame Organisationsformen zu schaffen. In diesem Sinne wurden organisatorische Mittel erweitert und erneuert, um der Dynamik der „alten Politik“ zu entkommen, eine erfrischende und notwendige Aufgabe für eine Linke, die in ihren eigenen inneren Labyrinthen gefangen war. Die Ergebnisse dieser Innovationen waren jedoch problematisch (in einigen Fällen sogar katastrophal). Im Allgemeinen führte die partizipative Öffnung zu einer organisatorischen Entleerung ohne effektive Demokratisierung im Machtgefüge. Dies ist eine oberflächliche Beschreibung, da die Situation in den verschiedenen Territorien und Organisationen variiert; aber die Idee einer Partei-Bewegung entspricht hier durchaus einem gewissen Wunschenken.

Das Hauptexperimentierlabor war *Podemos*. In vielerlei Hinsicht war *Podemos* ein Erfolg. Insbesondere war die Entschlossenheit der Gruppe, den ersten Schritt zu tun, der Schlüssel zur politischen Szene, wo sie die Wahllandschaft durcheinanderbrachte. Die Annahme einer informellen Top-down-Organisation, die auf einem kleinen, kohärenten Wahlkampfteam und einer breiten Mobilisierungsfähigkeit an der Basis ruhte, war von Vorteil. Auf diese Weise wich *Podemos* nicht nur vielen Problemen aus, die mit den endlosen und konfliktreichen Prozessen der Bildung einheitlicher Kandidaturen einhergehen, sondern konnte auch einen Diskurs jenseits der politischen Marginalität artikulieren.

Ihre nachfolgende Entwicklung wirft allerdings viele Schatten auf, die jedes zukünftige Projekt ernsthaft in Betracht ziehen sollte. Einige der neuen „partizipatorischen“ Verfahren – insbesondere der Einsatz von Vorwahlen und Konsultationen – haben die oligarchischen Tendenzen der alten Parteien nicht nur nicht verhindert, sondern aufgrund ihrer plebiszitären Verwendung oft sogar noch beschleunigt. Das Ergebnis war nicht nur die Konzentration von Macht, sondern auch die Verschärfung fraktioneller Konfrontationen und die daraus resultierende Verschlechterung des organisationsinternen Klimas. Ein Kontext, in dem der Gewinner alles an sich reißt, öffnet dem Machtmissbrauch Tür und Tor und neigt dazu, Ideen im Keim zu ersticken. Das Endergebnis sieht eher nach einer Partei von Honoratioren aus, als nach einer Massenpartei.

Zweifellos war die Verteidigung einer „Wahlkampf-Kriegsmaschinerie“ eine Reaktion auf besondere Umstände. *Podemos* hatte einen harten Wahlkalender vor sich, ihr fehlten organisatorische Ressourcen (erfahrene Kader, territoriale Verwurzelung, militante Kultur) und sie war der Feindseligkeit der politischen und medialen Akteure ausgesetzt. Darüber hinaus befürchtete *Podemos*, dass die linksgerichteten Elemente das Engagement für Transversalität ruinieren könnten. Aber bei der Wahl dieses Modells griff eine gewisse Verachtung für die republikanische Form der inneren Organisation – insbesondere für die Kontrolle willkürlicher Macht – mit der kurzsichtigen Vorstellung, Garantien und Begrenzungen seien nicht notwendig, wenn die Macht bei ihnen läge. Die Erfahrung hat wieder einmal gezeigt, dass die

perversen Effekte vieler organisatorischer Dynamiken sich oft der Kontrolle derer entziehen, die sie führen, und dass solche Dynamiken schwer zurückzunehmen sind, wenn sie einmal aktiviert worden sind.

Das Ergebnis war nicht nur ein Demokratiedefizit, sondern auch ein organisatorisches Defizit: Die Entwicklung der „Wahlkampf-Kriegsmaschinerie“ hat sich in vielerlei Hinsicht als unwirksam erwiesen. Die kontinuierlichen internen Konflikte, die durch ein nicht sehr inklusives Modell befördert werden, haben Fraktionskämpfe auf verschiedenen Ebenen der Partei angeheizt und somit ihre organisatorische Entwicklung verhindert (territoriale Verankerung, Schaffung von Zwischenstrukturen, Ausbildung von Kadern usw.) und eindeutig dysfunktionale Elemente begünstigt. Der Mangel an organisatorischer Entwicklung ist zu einem Hauptproblem innerhalb des neuen „Positionskrieges“ geworden, in dem es wichtiger ist, schrittweise Fortschritte in Bezug auf die öffentliche Debatte, auf die politische Positionierung und auf die territoriale Umsetzung vorzuweisen, als die Wahlschlachten zu führen, mit denen *Podemos* begann.

In diesem Kontext sollte auch die zentrale Rolle der charismatischen Hyper-Anführer verstanden werden, die in diesen Jahren zwischen dem versöhnlichen Ton von Manuela Carmena und den überaus heftigen Angriffen von Pablo Iglesias oszillierten. Zweifellos war ihre Fähigkeit, in einen Medienraum einzugreifen, der den Nachrichten der Linken zuvor kaum zugänglich war, sehr wichtig. In einem Kontext mangelnder Organisation und übermäßiger plebiszitärer Mechanismen führte die Mediensichtbarkeit jedoch zu einer Zentralisierung der Macht ohne Rechenschaftspflicht oder Ausgleichsmechanismen. Es wurden nur geringe Anstrengungen unternommen, um die kommunikative Arbeit mit den charismatischen Führungen durch die Verbreitung der sozialen Basis der Organisationen auf lokaler Ebene zu ergänzen.

Das relative Scheitern der „neuen Politik“ empfiehlt, die organisatorische Erfahrung der „alten Linken“ nicht einfach außer Acht zu lassen. Das heißt nicht, dass man ihre Beschränkungen vergessen sollte, aber sie bot tatsächlich eine Organisationsstruktur, die in den neuen Parteien und Plattformen fehlte. Dies führte zum Beispiel dazu, dass die neuen Wahlprojekte über keine qualifizierten Zwischenkader verfügen, und sie scheinen auch nicht in der Lage zu sein, Mechanismen für ihre zukünftige Schaffung anzubieten. Dies hat allerdings auch zu einem Defizit an „normativer Dichte“ geführt, an formellen und informellen Regeln, die den Ermessensspielraum einschränken und bestimmte Handlungen den Zielen der Organisation unterordnen.⁵³

53 Das allgemeine Bild erinnert ironisch an die unbürokratische Kritik der fordistischen Gesellschaft. Das neoliberale Engagement für das flexible und partizipative Unternehmen hat nicht zu seiner Demokratisierung geführt, sondern hat zu Formen der Arbeitsorganisation geführt, die die eisernen Machtverhältnisse nicht umgehen, sondern oft sogar akzentuieren, aber sie jedoch unsichtbarer und heimtückischer machen. Siehe du Gay, Paul: *In praise of bureaucracy*, London, Sage Publications, 2000.

All diese Schattenseiten sollten die positiven Dimensionen der organisatorischen Erneuerung dieser politischen Phase nicht verbergen. Insbesondere wurde die Black Box der politischen Parteien offengelegt und es gab eine lebhaft Diskussion über ihre Demokratisierung. Die Öffnung in Bezug auf Partizipation und Transparenz scheint eine unbestreitbare Errungenschaft zu sein. Die Frage ist nun, wie man sie durch die Lösung der oben genannten Probleme erhalten und verbessern kann. Mit anderen Worten: Das Problem bleibt die Schaffung demokratischer Organisationen, die Effizienz und Pluralität in einem sozialen Umfeld ohne starke ideologische Loyalitäten und sich verändernde Formen des Engagements verbinden. Die Lösung ist alles andere als einfach (die Alternative der „Bewegungen“ hat oft zu einem unwirksamen „demokratischen Elitismus“ geführt). Um darüber nachzudenken, welche Mittel geeignet sind, müssen die Ziele klar sein, die eine demokratische Partei respektieren sollte, und unter ihnen sollte die wirksame Beteiligung einer möglichst breiten sozialen Basis sein. Und dies bringt uns zum dritten Problem.

SUBJEKTE: DIE MENSCHEN UND DIE KLASSE

Der Erfolg der inklusiven (oder transversalen) Bezeichnungen der Art „die Menschen“, „das Volk“ oder „die 99 Prozent“ hat gelegentlich zu einem Übersehen der geteilten Gesellschaftsstruktur geführt. Insbesondere gibt es zwei Elemente des Konflikts in der jüngeren spanischen Politik, die sich in den Analysen der Linken nicht sehr konkret darstellen: der Generationencharakter und die Klassenzusammensetzung.

Die Abgrenzung zwischen Jung und Alt war ein wesentliches Element der Umwälzung des Parteiensystems in Spanien. Wie in der Tabelle auf Seite 21 angezeigt wird, war das Alter (oder besser: die Generation) ein entscheidender Faktor für das Wahlverhalten, mehr noch als Einkommen, Geschlecht oder Bildungsniveau. Die Wählerschaft der traditionellen Parteien ist älter und besteht aus den Generationen, die den Übergang von 1978 erlebt haben, während jene, die später geboren wurden, den Großteil der Wähler von *Podemos* und in geringerem Maße von *Ciudadanos* darstellen. In gewissem Sinne könnte die Entstehung der „neuen Politik“ als ein Prozess der Generationenerneuerung der Linken verstanden werden, der unter normalen Bedingungen konventionelle Wege gegangen wäre, aber im Kontext der Wirtschaftskrise und von 15M einen explosiven Charakter angenommen hat. In diesem Generationswechsel kann allerdings eine Klassenverzerrung festgestellt werden: Die soziale Gruppe, die diese politische Phase angeführt hat, sind junge Mitglieder der Mittelschicht mit enttäuschten Erwartungen, die dem politischen Wandel gewisse Grenzen setzen.

Die am stärksten benachteiligten sozialen Gruppen mit weniger wirtschaftlichen und kulturellen Ressourcen spielten in dieser Phase eine untergeordnete Rolle. Es wurde darauf hingewiesen, dass dies kein spezifisches Merkmal Spaniens ist,⁵⁴ aber hier wurde dies vielleicht deutlicher als an anderen Stellen. Dieses Problem ist in der ersten Hälfte dieser politischen Phase unbe-

54 Tugal, Cihan: Elusive revolt: The contradictory rise of middle-class politics, in: Thesis Eleven 1/130, 2015, 74–95.

merkt geblieben, hat sich aber nach und nach durchgesetzt. Zu Beginn nutzte zum Beispiel die „neue Politik“ die liberale leistungsorientierte Ideologie als Waffe gegen das Regime selbst, weil es nicht in der Lage war, denjenigen mit einer guten Ausbildung (wie einem Bachelor oder einem Master) die Berufsmöglichkeiten anzubieten, die sie erwarteten, sodass das Humankapital der am besten ausgebildeten jungen Menschen vergeudet wurde. Es war ein wirksamer Diskurs, der von den qualifizierten jungen Menschen unterstützt wurde, die das Gefühl hatten, die Krise hätte ihnen die Versprechungen eines gesellschaftlichen Aufstiegs innerhalb der leistungsorientierten Gesellschaft, in der sie sozialisiert waren, vorenthalten. Aber das war ein zweischneidiges Schwert, da so die Idee gefestigt wurde, der Bildungserfolg werde von der Klassenherkunft bestimmt, und nichts dafür getan wurde, Menschen mit unterschiedlichen Problemen und Bedürfnissen zu politisieren.

In letzter Zeit fand dieses Problem ein größeres Echo, führte aber oft zu einer sterilen Polemik im Zusammenhang mit Konflikten zwischen den verschiedenen Empfindlichkeiten der Linken: Klassenunterschiede versus die diskursive Erneuerung oder die Kämpfe anderer Gruppen, die zu oft eine nicht existierende idealisierte Arbeiterklasse anpreisen. Die konkrete Analyse der Klassenstruktur und der Formen der Subjektivität, die sie annimmt, sowie ihrer Auswirkungen auf den politischen Wandel (auch innerhalb von Gruppierungen und Organisationen) wurde kaum entwickelt. Infolgedessen wurden nur wenige Alternativen angeboten: Die traditionelle Arbeiterbewegung wieder zu verherrlichen ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unfruchtbar. Denn dies bezieht sich weder auf eine echte soziale Gruppe noch trägt es zur Erweiterung der Kräfte des Wandels bei. Außerdem agiert hier mehr ein gewisser Voluntarismus, selbst in den subtileren Versionen, da hier die Ansicht vorherrscht, ein politisches Subjekt warte nur darauf, von den Anführern aktiviert zu werden.

~ 54 ~

In Spanien wie in allen anderen europäischen Ländern kann ein politisches Mehrheitsprojekt nur aus einem Block entstehen, der die Mittelklassen und die arbeitenden (bzw. unteren) Klassen zusammenbringt. Aber Richtung und Umfang dieses „hegemonialen Blocks“ hängen weitgehend davon ab, dass die ersten nicht die einzigen sind, die die Führung übernehmen können. Deshalb ist es wichtig, dass die unteren Klassen eine größere Rolle spielen, als dies bisher der Fall war, ohne die notwendige Breite dieses Blocks aus den Augen zu verlieren. Sonst besteht die Gefahr, dass es den Mittelklassen gelingt, ihre eigenen Interessen als das allgemeine Interesse (das ist eine der Bedeutungen dieser „Hegemonie“) darzustellen und den Umverteilungsspielraum der politischen Veränderungen so zu reduzieren.

Natürlich sind diese Kategorien etwas allgemein und werden der Komplexität der spanischen Gesellschaftsstruktur nicht gerecht. Innerhalb der Mittelschicht gibt es Sektoren, die einen Prozess der sozialen Mobilität (objektiv und subjektiv) nach unten durchgemacht haben, oder für die ihre schulischen Zeugnisse nicht ausreichen, um der Prekarität zu entgehen. In ähnlicher Weise unterscheiden sich die Lebensbedingungen und politischen Orientierungen von im soziokulturellen Sektor tätigen von denen der Führungsriege und der technischen

Berufe. Auf der anderen Seite koexistieren auch innerhalb der Arbeiterklasse unterschiedliche soziale Realitäten und Arbeitskontexte sowie unterschiedliche politische Positionen zwischen beispielsweise traditionellen Arbeiter*innen, Selbständigen, verarmten Migrant*innen oder prekären Jugendlichen im Dienstleistungssektor.

Die Komplexität der Klassenstruktur sowie ihre ungleiche Relevanz bei der Herausbildung von Identitäten und politischen Präferenzen sind kein Grund, die Klassen in der strategischen Debatte zu vergessen. Ganz im Gegenteil: Solange die Klassen die Möglichkeiten im Leben der Menschen bestimmen und viele der Verteilungskonflikte strukturieren, wird sich die Politik auf die eine oder andere Weise darum drehen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Linke dieses Problem realistisch und nicht nur romantisch angeht. Es hängt davon ab, ob die politischen Debatten, die um Klassenkonflikte herum stattfinden, eine egalitäre oder konservative Form annehmen, wie viele aktuelle Beispiele in Europa zeigen.

Nach all diesen Ausführungen haben auch wir keine magischen Rezepte. Die Realität der arbeitenden Klassen unterscheidet sich heute sehr von der vor einem halben Jahrhundert, sodass die Geschichte der Arbeiterbewegung inspirierend sein kann, aber nicht viele konkreten Anhaltspunkte bietet, um eine politisch mehrheitsfähige Alternative zu artikulieren. Aber zumindest können wir uns der Hindernisse bewusst werden, die der emanzipatorischen Politisierung der arbeitenden Klassen, sowohl in öffentlichen Institutionen als auch in den politischen Organisationen selbst im Weg stehen (aufgrund der Mechanismen, die auf unsichtbare, aber systematische Weise die Präsenz und den Protagonismus der Gruppen mit weniger Ressourcen in Bezug auf soziales und kulturelles Kapital blockieren).

~ 55 ~

Das Ergebnis all dieser Hindernisse ist die mangelnde Sichtbarkeit ihrer Bedürfnisse und Forderungen, die durch die Hegemonie des Bürgertums in der öffentlichen Meinung und der politischen Dynamik verdrängt werden. Die Gefahr der fortschreitenden politischen Ausgrenzung der arbeitenden Klassen besteht darin, dass sie die Möglichkeiten eines Demokratisierungsprozesses schwächt und die Tür zur Kapitalisierung ihrer Unzufriedenheit durch reaktionäre Kräfte öffnet. In diesem Sinne ist die Anerkennung dieser sozialen Teilungen, die „die Menschen“ leben, ein Ausgangspunkt, der aber nicht für die Entwicklung von Strategien ausreicht, die darauf abzielen, breite soziale Blöcke zu bilden, die verschiedene Gruppen zusammenbringen. Dabei muss vermieden werden, dass die „besonderen“ Interessen der Privilegierteren als „allgemeine“ Interessen dargestellt werden. Aber das ist Zukunftsmusik und hängt in hohem Maße von der politischen Fähigkeit ab, die historischen Chancen zu nutzen, die sich ergeben.

STRATEGIE: INSTITUTIONEN UND MOBILISIERUNGEN

Die Energie, die in dieser politischen Phase sowohl bei den zahlreichen sozialen Mobilisierungen als auch beim Einbruch neuer politischer Kräfte eingesetzt wird, steht im Gegensatz zu den wenigen greifbaren Ergebnissen, die erzielt wurden: Die Sparpolitik wurde kaum berührt, der Staat hat die repressiven Maßnahmen ausgeweitet, die Arbeiter*innen haben ihre Rechte nicht zurückerhalten und die Eliten haben ihre Profite und Privilegien behalten. Die politische Begeisterung, die mit 15M einherging, hat in gewisser Weise zu einer Art Entzauberung und Skepsis geführt. Die kommunalpolitische Erfahrung ist eine Ausnahme, aber auch sie konnte sich auch nicht der Kritik einiger Aktivist*innen entziehen.

Die spanische Linke scheint in diesen Jahren eine Achterbahnfahrt zurückgelegt zu haben, und dies hat sich in der Entwicklung ihrer strategischen Horizonte widerspiegelt. Verschiedene Gruppen von Aktivist*innen oszillierten zwischen dem Moment vor der politisch-ökonomischen Krise, als die Position der Schwäche zu einer Anpassung der Präferenzen führte (ausgedrückt in dem Motto „Verändere die Welt ohne die Macht zu ergreifen“), und einem übertriebenen Optimismus nach 15M angesichts der Möglichkeit des Eintritts in die und der Veränderung der Institutionen („Überfall auf die Urnen“, „die Demokratie hacken“, waren Slogans, die man nach 2011 immer wieder hörte und las) und kehrten schließlich zum Mobilisierungsmythos „zurück auf die Straße“, als Schlüssel zur Veränderung der Gesellschaft zurück.

Auf diese Weise ist die strategische Debatte um die geeignetsten Akteure und Räume zur Förderung emanzipatorischer sozialer Veränderungen zurückgekehrt, die üblicherweise, als eine doppelte Wahl (oder zumindest ein Tendieren zu einer der beiden) zwischen den politischen Parteien und den Institutionen gesehen wird, und zu den Bewegungen und sozialen Mobilisierungen auf der anderen Seite.⁵⁵ In beiden Fällen ist es üblich, einen bestimmten ausschließenden Gedanken zu hegen, indem die Fähigkeit zum Umbruch der einen oder der anderen Option übertrieben wird. Allerdings scheint sich die Wahl zwischen „Regierung“ und „Bewegung“ als unklug zu erweisen, da weder die sozialen Bewegungen und Mobilisierungen ein Hindernis für den Aufbau einer soziale Mehrheit sind, die in der Lage ist, die Macht zu übernehmen, wie einige politische Führer zu glauben scheinen, noch ist die Eroberung Institutioneller Positionen eine Sackgasse. Beide Strategien können im Rahmen eines transformativen Projekts koexistieren. Es geht jetzt darum, Wege zu finden, auf denen sie wirkungsvoll kombiniert werden können. eine möglichst produktive Arbeitsteilung zu artikulieren, die die relative Autonomie beider Strategien anerkennt, aber gleichzeitig angemessene Kommunikations-, Austausch- und Kontrollmechanismen auf Grundlage von Loyalität und Vertrauen erarbeitet und festlegt.

55 Darüber hinaus sind die Diskussionen oft mit undifferenzierten Vorurteilen behaftet: Zum Beispiel, inwieweit spiegelt die Existenz großer Mobilisierungen das Vorhandensein starker sozialer Bewegungen wider?

Dies schließt zweifellos nicht das Auftreten von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten aus. In diesem Fall wurde diese Gefahr durch das Ungleichgewicht zwischen den beiden Strategien geschürt: Die guten Wahlergebnisse von *Podemos* und den Wahlplattformen sowie die Eroberung der Bürgermeisterposten in den wichtigsten Städten haben einen großen Teil der militanten Ressourcen absorbiert, um öffentliche Posten und Beiratsposten zu besetzen. Dies hatte zur Folge, dass ein Transfer von Kadern aus den bestehenden sozialen Bewegungen oder Mobilisierungen erfolgte, führte aber dazu, dass ein Großteil der Debatten sich um die Erfolge und Fehler im institutionellen Bereich drehte.

Der Eintritt in die Institutionen war eine neue Erfahrung für viele Aktivist*innen, die die Institutionen vorher mit extremem Argwohn betrachtet hatten, oder für Menschen, die noch nie am politischen Leben teilgenommen hatten. All das brachte die Gefahr einer institutionellen Kooptation oder zumindest einer Überdimensionierung des Transfo Unverständnis unter den Aktivist*innen: Die Verpflichtung, politische Institutionen zu regieren ist voll von unangenehmen persönlichen Dilemmata, auf die niemand vorbereitet war, und das war einer der wichtigsten kollektiven Lernprozesse dieser politischen Phase. Auf politischer Ebene hat der *Status quo* der Mechanismen, die die politischen Institutionen steuern, die Hoffnungen abgekühlt, die am Anfang auf die Veränderungsfähigkeit der von den Plattformen regierten Institutionen gesetzt wurden. Aber diese „Logik des Staates“ – auf die einige Kritiker hingewiesen haben – schließt die Möglichkeit nicht aus, sie als Instrument zu nutzen, aber man muss sich der Grenzen und Gefahren dessen bewusst sein.

Schließlich geht es nicht nur darum, die institutionelle Vertretung und die Organisation von Protesten zu kombinieren, sondern beide Strategien in festeren Organisationsformen zu verankern und andere ergänzende Optionen zu erforschen. Insbesondere die Schaffung alternativer institutioneller Formen, die das doppelte Ziel der Lösung spezifischer Probleme, der Erfüllung von Bedürfnissen und gleichzeitig demokratische Organisationsmechanismen (wie Solidaritätsnetze, soziale Wirtschaft oder alternative Kommunikationsmittel) bieten. Diese institutionellen Alternativen können auf vollständiger Eigenorganisation beruhen oder symbiotische Mechanismen mit dem Staat auf den verschiedenen Ebenen ausbilden.

Damit diese Alternativen gedeihen, ist es wichtig, dass sie eine Priorität für die Linke werden, die in sozialen Bewegungen und vor allem in politischen Parteien organisiert ist. Obwohl dieses Ziel breite Unterstützung zu finden scheint, wurden in dieser Richtung kaum Fortschritte erzielt. Zum Beispiel durch die Übertragung organisatorischer und materieller Ressourcen auf Initiativen in einer Art und Weise, die nicht durch interne Kämpfe oder durch die Förderung gleichgesinnter Netzwerke behindert wird.⁵⁶ Vielleicht hat einer der Gründe für diese Unfähigkeit damit zu tun, dass die „Entlohnung der Militanz“⁵⁷ in den Institutionen die politische Beteiligung an Institutionen attraktiver macht als an anderen anonymen Fronten.

56 Eine der wenigen Ausnahmen war das Projekt „Impulsa“ von *Podemos*. Es hatte zum Ziel, soziale Initiativen, die von gemeinnützigen Organisationen gefördert werden, zu unterstützen und zu finanzieren. Leider hatte dieses Projekt keine Kontinuität.

57 Gaxie, Daniel: Rétributions du militantisme et paradoxes de l'action collective, in: *Swiss Political Science Review* 11/1, 2011, 157–188.

Das Problem besteht um ehrlich zu sein darin, dass jede konstruktive Strategie in diesem Bereich sehr langsam voranschreitet, während das spanische politische Leben der letzten Jahre, sowohl bei Wahlen, wie auch in den Medien, völlig ungehemmt voranschreitet. Vor diesem Hintergrund scheint der Appell von Erik Olin Wright an den strategischen Pluralismus in der Linken⁵⁸ richtig zu sein: Es gibt viele Wege des gesellschaftlichen Wandels und jeder hat Vor- und Nachteile. Es geht darum, diesen Pluralismus zuzulassen und weniger maximalistische Debatten über die verschiedenen Möglichkeiten zu führen.

Vielleicht ist eines der destruktivsten Vermächtnisse der traditionellen Linken, sektiererische Rhetorik als Zeichen politischer Entschlossenheit zu sehen. In der Analyse des Erfolgs von 15M oder von *Podemos* sehen wir oft eigennützige Antworten, die die Position des einen oder des anderen legitimieren und die Rolle von Glück oder Zufall absichtlich ignorieren. Dabei wird aber fast immer ein diffuses, aber entscheidendes Element vernachlässigt: Sowohl bei 15M als auch in den Anfängen von *Podemos* (und in jüngerer Zeit in den feministischen Mobilisierungen von 2018) bestand die Möglichkeit einer offenen Debatte, – öffentlich und diffus bei 15M, diskret und artikuliert bei *Podemos* – die viel herzlicher, einfühlsamer und loyaler geführt werden konnte, als es normalerweise innerhalb der Linken üblich ist. Dies führte oft zu einer gewissen Naivität, aber auch zu einer effektiven Brüderlichkeit, die sich schließlich als eine wesentliche, vielleicht unersetzbare Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Tätigkeit erwies.

58 Wright, Erik Olin: How to Be an Anticapitalist Today, in: Jacobin, Dezember 2015, www.jacobinmag.com/2015/12/erik-olin-wright-real-utopias-anticapitalism-democracy (15.11.2018).



BIBLIOGRAPHIE

MEMORABLES DU XX^e SIECLE
LE 5^e PRESIDENT
IL ETAIT UNE FOIS LA FRANCE

L'AFFAIRE

Le Monde

HISTOIRE

HISTOIRE

HISTOIRE

HISTOIRE

Aguilar, Suana / Romanos, Eduardo: Is Spain still different? Social Movements Research in a Belated Western European Democracy, in: Fillieule, Olivier / Accornero, Guya (Hg.), *Social, Movement Studies in Europe. The State of the Art*, Nueva York, Berghahn Books, 2016, 338–355.

Alba Rico, Santiago: El lío de Podemos y los tres elitismos, in: *Cuartopoder*, 4. Oktober 2014, www.cuartopoder.es/ideas/opinion/2014/10/04/el-lio-de-podemos-y-los-tres-elitismos/6325 (15.11.2018).

Alford, Robert / Friedland, Roger: *Powers of theory: capitalism, the state and democracy*, Cambridge, Cambridge University Press, 1985.

Andrade, Juan A.: *El PCE y el PSOE en (la) Transición: la evolución ideológica de la izquierda durante el proceso de cambio político*, Madrid, Siglo XXI, 2012.

Andrade, Juan / Anguita, Julio: *Atraco a la memoria*, Madrid, Akal, 2014.

Billig, Michael: *Banal Nationalism*, London, Sage, 1995.

Bourdieu, Pierre: *The Forms of Capital*, in: Biggart, Nicole W. (Hg.), *Readings in Economic Sociology*, New Jersey, Wiley-Blackwell, 2008.

Caínzos, Miguel / Voces, Carmen: *Class Inequalities in Political Participation and the 'Death of Class' Debate*, in: *International Sociology* 25/3, 2010, 383–418.

Campillo, Inés: 'If we stop, the world stops.' The 2018 Feminist Strike in Spain, *Social Movements Studies* (im Druck).

Costa, Jorge: *Resistencias a la introducción del sorteo entre el asamblearismo y la institucionalización: el caso de Podemos en Cádiz*, in: *Daimon* 72, 2017, 221–237.

Diani, Mario: *Revisando el concepto de movimiento social*, in: *Encrucijadas* 9, 2015, 1–15.

Diani, Mario: *The concept of social movement*, in: *The Sociological Review* 40/1, 1992, 1–25.

du Gay, Paul: *In praise of bureaucracy*, London, Sage Publications, 2000.

Errejón, Íñigo / Mouffe, Chantal: *Podemos: In the Name of the People*, London, Lawrence & Wishart, 2016.

Fishman, Robert M.: *Democracy's voices: social ties and the quality of public life in Spain*, Ithaca, Cornell University Press, 2004.

Fishman, Robert: *On the Significance of Public Protest in Spanish Democracy*, in: Jordana, Jacint / Navarro, Vicenç / Pallarés, Frencese / Requejo, Ferran (Hg.), *Democràcia, Política i Societat, Homenatge a Rosa Virós*, Universitat Pompeu Fabra, 2012, 351–366.

Fishman, Robert M.: *Democratic Practice: Origins of the Iberian Divide in Political Equality* (im Druck).

Gaxie, Daniel: *Rétributions du militantisme et paradoxes de l'action collective*, in: *Swiss Political Science Review* 11/1, 2011, 157–188.

Iglesias, Pablo: ¿Puede IU superar al PSOE?, in: Público, 13. August 2013, <https://blogs.publico.es/pablo-iglesias/405/puede-iu-superar-al-psoe> (15.11.2018).

Iglesias, Pablo: Que se queden con la bandera roja y nos dejen en paz. Yo quiero ganar, in: Público, 24. Juni 2015, www.publico.es/politica/iglesias-quiero-ganar-dejen-paz.html (15.11.2018).

Iglesias, Pablo: Spain on the Edge, in: *New Left Review* 93, 2015, 23–42.

Katz, Richard S.: The Problem of Candidate Selection and Models of Party Democracy, *Party Politics* 7/3, 2001, 277–296.

Laclau, Ernesto: *On populist reason*, London, Verso, 2005.

Llaneras, Kiko: El apoyo a la independencia tiene raíces económicas y de origen social, in: *El País*, 28. September 2017, https://elpais.com/politica/2017/09/28/ratio/1506601198_808440.html (15.11.2018).

Lorenzo, Miguel: Josep Olli propone crear ‘una especie de Podemos de derechas’, in: *El Periódico*, 25. Juni 2014, www.elperiodico.com/es/politica/20140625/josep-oliu-propone-crear-una-especie-de-podemos-de-derechas-3329695 (15.11.2018).

Martínez, Miguel A.: Bitter wins or a long-distance race? Social and political outcomes of the Spanish housing movement, in: *Housing Studies*, 2018, 1–24.

Morales, Laura / Geurts, Peter: Associational Involvement, in: van Deth, J.W. / Montero, J.R. / Westholm, A. (Hg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Abingdon, Routledge, 2007, 135–157.

Morán, Gregorio: *Miseria y grandeza del Partido Comunista de España, 1939–1985*, Barcelona, Planeta, 1986.

Moreno Pestaña, José Luís: Le mouvement du 15-M: social et ‘libéral’, générationnel et ‘assembléiste’, in: *Savoir-Agir* 17, 2011, 113–118.

Moreno Pestaña, José Luís: El sorteo y la recepción del populismo en Podemos, in: *Arizona Journal of Hispanic Cultural Studies* 21, 2017, 311–328.

Moreno Pestaña, José Luís: Democracia, movimientos sociales y participación popular: Lógicas democráticas y lógicas de distinción en las asambleas del 15M, in: Escalera, Javier / Coca, Agustín (Hg.), *Movimientos sociales, participación y ciudadanía en Andalucía*, 2013, 263–301.

Portos, Martín: Movilización social en tiempos de recesión: un análisis de eventos de protesta en España, 2007–2015, in: *Revista Española de Ciencia Política* 41, 2016, 159–178.

Ramiro, Luis: *Cambio y adaptación en la izquierda. La evolución del Partido Comunista de España y de Izquierda Unida (1986–2000)*, Madrid, CIS, 2004.

Rendueles, César / Sola, Jorge: The Rise of Podemos: Promises, Constraints, and Dilemmas, in: García Agustín, Óscar / Briziarelli, Marco (Hg.), *Podemos and the New Political Cycle*, London, Palgrave, 2018, 25–47.

Rodríguez, Emmanuel: La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos, Madrid, Traficantes de Sueños, 2017.

Romanos, Eduardo: Late Neoliberalism and Its Indignados: Contention in Austerity Spain, en Andretta, M. / Della Porta, D. / Fernandes, T. / O'Connor, F. / Romanos E. / Vogiatzoglou, M. (Hg.), Late Neoliberalism and its Discontents in the Economic Crisis, London, Palgrave McMilliam, 2016, 131–167.

Sánchez-Cuenca, Ignacio: La desfachatez intelectual: Escritores e intelectuales ante la política, Madrid, Los libros de la catarata, 2016.

Scarrow, Susan E.: Parties and the Expansion of Direct Democracy: Who Benefits?, en: Party Politics 5/3, 1999, 341–362.

Scarrow, Susan E. / Webb, Paul / Farrell, David M.: From Social Integration to Electoral Contestation. The Changing Distribution of Power within Political Parties, in: Dalton, Russell J. / Wattenberg, Martin P. (Hg.), Parties without partisans political change in advanced industrial democracies, Oxford, Oxford University Press, 2000, 129–153.

Serra, Clara: Leonas y zorras: estrategias políticas feministas, Madrid, Los Libros de la Catarata, 2018.

Sola, Jorge / Campillo, Inés: La precarización en su contexto: desarrollo y crisis del régimen e empleo en España, in: Papeles de relaciones ecosociales y cambio global 140, 2018, 51–63.

Tugal, Cihan: Elusive revolt: The contradictory rise of middle-class politics, in: Thesis Eleven 1/130, 2015, 74–95.

~ 62 ~ Wright, Erik Olin: How to Be an Anticapitalist Today, in: Jacobin, Dezember 2015, www.jacobinmag.com/2015/12/erik-olin-wright-real-utopias-anticapitalism-democracy (15.11.2018).

Wright, Erik Olin: Class counts, Cambridge, Cambridge University Press, 2000.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke“ nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems.

In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten.

Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.

www.rosalux.eu

Rosa-Luxemburg-Stiftung Verbindungsbüro Madrid
C/ Luis Vélez de Guevara, 8, bajo ext. dcha.
28012 Madrid, Spanien
www.rosalux.eu

V.i.S.d.P., Büroleiter
Andreas Thomsen

Publikationsmanagerin
Vera Bartolomé Díaz

Autoren
César Rendueles & Jorge Sola

Lektorat
Eurideas

Übersetzung
José Luis Martínez

Gestaltung und Herstellung
HDMH sprl

Fotos
Flickr / Julien Lagarde [CC BY-NC-ND 2.0] Cover, S. 4, 17, 23, 41
Flickr / Amaya Rodrigo [CC BY-NC-ND 2.0] S. 7
Flickr / Marina Rigby [CC BY-NC-SA 2.0] S. 12
Flickr / Paco Rubio Ordás [CC BY-NC-ND 2.0] S. 28
Flickr / Álvaro Herraiz San Martín [CC BY-NC-SA 2.0] S. 33
Flickr / HERNAN SILENUS [CC BY-NC-SA 2.0] S. 37
Flickr / Noemí Cano [CC BY-NC-SA 2.0] S. 46
Flickr / Jean-Christophe Jacques [CC BY 2.0] S. 59

Gedruckt in Belgien

Diese Veröffentlichung wurde mit Mitteln des Auswärtigen Amts finanziert.